

Aus dem Inhalt

- 4 SELK in Leipzig: Große Unterstützung nach Farbanschlag
- 4 Erstmals Jahreslosung digital gewählt
- 7 Online-Bibliolog mit dem Hauptjugendpastor
- 9 Finnland: Missionsdiözese wählt neuen Bischof
- 10 Indonesien: Lutherisches Studienzentrum eröffnet
- 11 USA: Weiteres LCMS-College wird geschlossen
- 15 Die Trauerkultur muss heute neue Wege gehen
- 16 Lausitz: 500 neue Bibeln für wendische Christen
- 21 Kardinal Koch kritisiert deutsche Ökumene-Erklärung
- 22 Holocaust heute noch allgegenwärtige Bedrohung
- 25 Corona: Künftig nur noch „Gottesdienst auf eigene Gefahr?“
- 30 Assistierter Suizid – eine Herausforderung für die Diakonie
- 36 Frauen besser vor Gewalt schützen

Neuer Rektor an SELK-Hochschule Prof. Dr. Achim Behrens ins Leitungsamt gewählt

Oberursel, 3.2.2021 [selk]

In seiner letzten Sitzung des Wintersemesters 2020/21 wählte der Fakultätsrat der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberursel (LThH), der kirchlichen Ausbildungsstätte in Trägerschaft der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), am 2. Februar für vier Jahre Prof. Dr. Achim Behrens zum neuen Rektor. Seine Dienstzeit beginnt am 1. April.

Bei der Abstimmung handelte es sich um die erste Rektorenwahl, die durch den neu im Statut der Hochschule verankerten Fakultätsrat erfolgte. In diesem Hochschulgremium arbeiten die Professoren, der wissenschaftliche Mitarbeiter, eine Vertreterin der übrigen Mitarbeiterschaft und ein Studierendenvertreter zusammen. Dabei erfolgte die Wahl auf Vorschlag des Kandidaten durch die Fakultät.

Behrens unterrichtet an der LThH das Fach Altes Testament und übernimmt das Rektorat – wie an dieser Hochschule üblich – im Nebenamt. Für ihn ist es nach 2010 bis 2012 die zweite Amtszeit als Rektor dieser Einrichtung.

Mit dem neuen Statut, das seit Mai letzten Jahres in Geltung steht, wurde auch die Position eines Prorektors als eines Stellvertreters des Rektors offiziell im Ordnungswerk der Hochschule verankert. Als Prorektor wurde vom Fakultätsrat Prof. Dr. Christoph Barnbrock gewählt, der von 2017 das Rektorat innehatte und an der Hochschule Praktische Theologie lehrt. Seine Amtszeit beträgt ebenfalls vier Jahre.

Weiterentwicklung im Fokus SELK: Leitungsgremium des Fernkurses tagte online

Wiesbaden/Oberursel, 24.2.2021 [selk]

Erstmals traf sich am 24. Februar das Leitungsgremium des Theologischen Fernkurses (TFS) der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) zu einer Online-Sitzung. Der Koordinator des TFS, Pfarrer Michael Ahlers (Wiesbaden), konnte dabei erstmals Propst Manfred Holst (Marburg) als neue Verbindungsperson der Kirchenleitung in der Runde begrüßen.

Wegen der derzeit landesweit geltenden coronabedingten Einschränkungen sind viele Veranstaltungen des TFS in den letzten Monaten nicht möglich gewesen. Einzelne Formate können digital durchgeführt werden.

Breiten Raum nahm ein Austausch über eine Bitte der Kirchenleitung und des Kollegiums der Superintenden der SELK an das Leitungsgre-

mium ein, ein Konzept für ein „Institut für Lutherische Erwachsenenbildung“ als Weiterentwicklung des TFS vorzulegen. Der weitere Weg zur Erarbeitung eines solchen Modells und der Bedarfsermittlung wurden besprochen und entsprechende Aufgaben verteilt.

Als nächste Veranstaltungen sind neben dem Leitungsgremiumstreffen (am 22. September in Hannover als Präsenzzusammenkunft) für das Winterhalbjahr ein TFS-Online-Modul zum Thema „Andachten vorbereiten und gestalten“ vorgesehen sowie die Fortbildung für die TFS-

Absolventinnen und Absolventen vom 28. bis zum 30. Januar 2022 in Bleckmar.

Der TFS ist als Institut an die Lutherische Theologische Hochschule (LThH) in Oberursel angebunden. Die Kurse dienen als Weiterbildungsangebot der Qualifikation von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der SELK. Im Leitungsgremium treffen sich neben dem Koordinator ein Tutorenvertreter, Absolventenvertreter, ein Vertreter der LThH und als ständiger Gast ein Mitglied der Kirchenleitung.

Theologiestudierende gewinnen SELK-Kirchenleitung tagte erneut digital

Hannover, 25.2.2021 [selk]

Auch ihre zweite Sitzung im laufenden Jahr führte die Kirchenleitung der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) coronabedingt digital durch: als Tageskonferenz am 19. Februar.

Ein Schwerpunkt der Beratungen lag bei Überlegungen zur Gewinnung Theologiestudierender und, damit einhergehend, auf den Fragen nach dem Pfarrer- und nach dem Gemeindebild; hier gilt es, Veränderungen, wie sich vor allem auch aufgrund von Strukturmaßnahmen ergeben, angemessen Rechnung zu tragen. Verabredet wurden weitere Schritte zur Bearbeitung des Themenfeldes; Aufgaben zu Vorbereitung, zum Teil durch Vergabe von Literaturreferaten, wurden vereinbart.

In Vorbereitung der Frühjahrstagung mit den Superintendenten nahm die Kirchenleitung eine Vorlage der mit dem Thema „Alternative Zugänge zum Pfarramt“ zustimmend zur Kenntnis und sprach sich dafür aus, die Überlegungen in Richtung „Berufsbegleitendes Studium“ weiterzuentwickeln.

Dem Umgang mit Erfahrungen hinsichtlich digitaler Angebote innerhalb der SELK, wie sie durch die Corona-Pandemie ganz erheblich verstärkt erarbeitet und praktiziert wurden, war eine Gesprächsrunde der Frage nach einem *Digitalisierungskonzept* gewidmet. Dabei zeigte sich, dass einerseits die Gemeinden und Einrichtungen frei seien, eigene digitale Angebote zu präsentieren, andererseits jedoch unter dem Aspekt der Ressourcen auch nach Möglichkeiten der Konzentration von Kräften und nach Synergien gefragt werden müsse. Auf der Frühjahrstagung mit den Superintendenten wird dieses Thema unter Anleitung der mit der Auswertung von Erfahrungen der Coronazeit befassten Arbeitsgruppe weiterbearbeitet werden.

Kirchenrat Gerd Henrichs als Kontaktperson der Kirchenleitung zur Lutherischen Kirchenmission (LKM | Bergen-Bleckmar) der SELK berichtete aus der Arbeit der Missionsleitung. Dabei konnte er einerseits berichten, dass das Haushaltsziel des Vorjahres nicht vollständig erreicht worden sei, das Ergebnis gleichwohl als „insgesamt zufriedenstellend“ bewertet werden könne. Das Werben um Spenden werde durch Impulse belebt und bleibe eine ständige Aufgabe. Die Dienstverträge der Missionare Thomas Beneke und Christoph Weber, beide tätig in Südafrika, seien verlängert worden. Für das laufende Jahre plane Missionsdirektor Roger Zieger (Bleckmar/Berlin) gemeinsam mit Viktor Bender, dem Vertreter der Kirchenregion Süd der SELK in der Missionsleitung, eine Reise zu Arbeitsfeldern der LKM.

Nachdem der für Juni 2021 geplante 14. Allgemeine Pfarrkonvent der SELK als Präsenzveranstaltung abgesagt werden musste, sondierte die Kirchenleitung in Vorbereitung abschließender Beschlussfassungen auf der Frühjahrstagung mit den Superintendenten verschiedene Optionen zur Durchführung gesamtkirchlicher konventualer Treffen in digitaler Form und als Präsenzveranstaltung.

Auch diesmal beschäftigten zahlreiche Personalfragen das kirchenleitende Gremium. In der obligatorischen Runde zu Krankheitsfällen und Problemlagen in der Pfarerschaft wurden entsprechende Informationen aus den vier Kirchenregionen der SELK gegeben. Die benannten Fälle wurden durch Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. (Hannover) im Schlussgebet der Konferenz aufgegriffen.

Die Kirchenleitung war seitens der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Sachsen um Zustimmung zur Aufnahme der Berlin-Mitteldeutschen Vereinigung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten (STA) auf

Vollmitgliedschaft in der ACK Sachsen gebeten worden. Nach diversen Vorklärlungen durch den Ökumenereferenten der SELK, Propst Gert Kelter (Görlitz), konnte die Kirchenleitung nunmehr ihre Zustimmung erklären. Sie tat dies in Würdigung der historischen Gegebenheiten in der ehemaligen DDR, die insgesamt dazu geführt haben, dass die Christen in den neuen Bundesländern sich in besonderer Weise miteinander ökumenisch verbunden wussten

und wissen. Die Freikirche der STA hat im Blick auf ökumenische Aufgeschlossenheit in ihren östlichen Vereinigungen eine andere Entwicklung vollzogen als dies bei manchen der westlichen Vereinigungen der STA der Fall zu sein scheint. Die Kirchenleitung der SELK möchte die Berlin-Mitteldeutsche Vereinigung der STA durch die Zustimmung zum Antrag auf Vollmitgliedschaft in der ACK Sachsen auf diesem Weg ermutigen und unterstützen.

Bausteinsammlung 2021 in Sottrum eröffnet

Neubau von Kirch- und Gemeindezentrum auf festem (Glaubens-) Grund geerdet

Sottrum, 18.2.2021 [selk]

Am 13./14. Februar wurde in der Zionskirche in Sottrum der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) die Bausteinsammlung 2021 der SELK eröffnet. Die vier Gottesdienste am Samstag und Sonntag wurden festlich durch Orgel- und Bläsermusik mitgestaltet. SELK-Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. (Hannover) und die Bausteinbeauftragten der SELK, Susan und Hans-Hermann Buhr (Burgdorf bei Hannover), waren zur Eröffnung angereist.

Bischof Voigt predigte in diesen Gottesdiensten über das Sonntagsevangelium von der Christusnachfolge nach dem Evangelisten Markus (Kapitel 8). Voigt sagte: „Wenn wir aber dem Leid begegnen, wenn ‚unser Kreuz‘ kommt, dann laufen wir nicht davon. Das meint Jesus mit der Aufforderung, sein Kreuz zu tragen.“ Mit der Bausteinsammlung wollten nun die Gemeinden der SELK der Zionsgemeinde Sottrum helfen, auch die Last des Kirchbaus zu tragen. Zugleich sei es aber eine große Freude, dass durch den Kirchbau das Kreuzeszeichen künftig noch heller in Sottrum strahlen werde.

Voigt erklärte gegenüber selk_news, dass er der Zionsgemeinde Sottrum sehr dankbar sei, denn der Kirchenneubau sei ein großes Hoffnungszeichen für die ganze Kirche. Er wünsche der Bausteinsammlung gutes Gelingen und den Segen Gottes.

In ihrem Grußwort zeigten sich die Bausteinbeauftragten sehr erfreut über die Tatsache, dass in einer Zeit, in der viele Gemeinden der SELK kleiner würden, nun nach 2020 (München) auch 2021 erneut ein Kirchneubau gefördert werden könne.

Die rund 170 Gemeindeglieder (darunter rund 50 Kinder und Jugendliche) umfassende Zionsgemeinde Sottrum ist in den vergangenen acht Jahren um rund 30 Prozent gewachsen. Es sei beeindruckend, mit welchem großem kräftemäßigen und finanziellen Engagement die Gemeinde das Neubauprojekt angegangen sei.

Das biblische Leitwort der Bausteinsammlung 2021 lautet: „Einen andern Grund kann niemand legen außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus.“ (1. Korintherbrief, Kapitel 3, Vers 11).

Für den Hintergrund der Plakate, Flyer und papiernen Bausteine haben die Verantwortlichen daher einen Terracotta-Farbtönen gewählt. Dieser Farbtönen symbolisiert den erdigen Grund, auf dem die neue Kirche physisch steht.

Zum Auftakt des neuen Baustein-Jahres wurde die Kollekte in den Gottesdiensten zugunsten der Bausteinsammlung erhoben. Es wurden ergänzend auch erste Bausteine verkauft.

Im Rahmen einer ausführlichen Führung über die Baustelle unter Beteiligung des Gemeindevorstands konnten die Baufortschritte begutachtet werden. In beeindruckender Weise wurden die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten der Räume und Außenbereiche für die stark angewachsene Gemeinde sowie Überlegungen zur Nachhaltigkeit und Kosteneffizienz durch Ortspfarrer Johannes Rehr erläutert. So werden künftig die Kinder- und Jugendarbeit ausgebaut und regionale und überregionale Veranstaltungen nach Sottrum geholt werden können. Auf die besonderen Interessen einer benachbarten Pferdeklinik kann durch die Installation eines digitalen Geläuts Rücksicht genommen werden.

Die Zionsgemeinde Sottrum hatte im Frühjahr 2020 – nach einem mehrere Jahre dauernden Planungs- und Beratungsprozess – den Grundstein für den erforderlichen Neubau ihrer Kirche legen und bereits im Herbst das Turmweihfest feiern können. Für den 6. Juni ist nun das Kirchweihfest geplant. Die Gemeinde informiert auf ihrer Internetseite in einem Bautagebuch über die Baufortschritte.

Trotz starken eigenen Engagements in Form von Eigenarbeit und Spenden aus der Gemeinde und finanzieller

Unterstützung von dritter Seite sind von der Gemeinde erhebliche Verbindlichkeiten zu schultern. Sie benötigt dafür die Unterstützung vieler Spenderinnen und Spender. Dazu werden nun in diesem Jahr in allen Gemeinden der

SELK papierne Bausteine verkauft, die als Spendenquittungen beim Finanzamt eingereicht werden können, und Spenden gesammelt, die diesem Projekt zugutekommen.

SELK in Leipzig: Große Unterstützung nach Farbanschlag Spenden in Höhe von über 2.000 Euro sind bereits eingegangen

Leipzig, 12.2.2021 [IDEA/selk]

Die St. Trinitatisgemeinde der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) in Leipzig hat nach einem Farbanschlag auf ihr Kirchengebäude St. Lukas Anfang Januar große Unterstützung erfahren. Das sagte der Gemeindepfarrer Markus Fischer gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Die Gemeinde hat die ehemals landeskirchliche St. Lukaskirche übernommen und hält dort ihre Gottesdienste. In der Nacht zum 6. Januar hatten Unbekannte das Eingangsportal mit Glasflaschen beworfen, die weiße Farbe enthielten. Dadurch wurde ein großes Fliesenbild beschmiert, das Jesus Christus mit offenen Armen zeigt. Außerdem wurde das Oberlichtfenster über der Eingangstür zerstört. Zu dem Anschlag hatte die linksextremistische Internetplattform „de.indymedia.org“ ein auf Englisch verfasstes anonymes Bekenner schreiben veröffentlicht. In dem Schreiben mit der Überschrift „Montage für Moria – Zertrümmert das christlich-weiße Europa“ wurde zu weiteren

Anschlägen auf Kirchen aufgerufen.

Bei der Gemeinde seien bereits Spenden in Höhe von über 2.000 Euro eingegangen, erklärte Fischer. So hätten etwa Kirchengemeinden aus dem Erzgebirge Kollekten gesammelt. Auch die Sächsische Bekenntnisinitiative hatte zu Spenden für die St. Trinitatisgemeinde aufgerufen, obwohl diese nicht Teil des Netzwerks der Initiative ist. In den zum Netzwerk gehörenden Gemeinden sei aber „von Anfang an klar gewesen, dass man die Geschwister im Glauben unterstützen muss“, sagte der Ansprechpartner der Bekenntnisinitiative für die Kirchenbezirke Bautzen-Kamenz und Löbau-Zittau, Pfarrer Thomas Schädlich (Gaußig/Oberlausitz), gegenüber IDEA.

Die Ermittlungen wegen des Anschlags dauern an. Weitere aktuelle Farbanschläge auf Kirchen sind dem Landeskriminalamt Sachsen nicht bekannt.

Erstmals Jahreslosung digital gewählt SELK auf ÖAB-Delegiertenversammlung vertreten

Berlin/Essen, 24.2.2021 [selk]

Die Delegierten der 23 Mitglieder der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Bibellese (ÖAB) hatten 30 Vorschläge für die Jahreslosung 2024 eingereicht. Daraus wurde nach intensiver Diskussion mit Unterstützung von Beraterinnen und Beratern und zwei Jugenddelegierten auf der coronabedingt digitalen Jahrestagung vom 22. bis zum 24. Februar der Vers aus dem 1. Korintherbrief, Kapitel 16, Vers 14, in der Fassung der römisch-katholischen Einheitsübersetzung ausgewählt: Alles, was ihr tut, geschehe in Liebe.

Die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche (SELK) ist Mitglied in der ÖAB und wird dort von Pfarrer Klaus Pahlen (Essen) vertreten. Pahlen gegenüber selk_news: „Die Tagung wurde komplett digital abgehalten mit Bibelarbeiten, Diskussionsforen und Plenumssitzungen. Alles hat prima geklappt und das übliche Arbeitspensum wurde geschafft.“

Die Festlegung sowohl der Bibellesepläne als auch die Wahl der Jahreslosung und der Monatssprüche erfolgt auf dem jährlichen Delegiertentreffen der Arbeitsgemeinschaft. Die Mitglieder der ÖAB (evangelische, römisch-katholische und freikirchliche Werke sowie Verbände aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, dem Elsass und Polen) reichen dazu ihre Vorschläge ein. Aus den Texten, die der ökumenische Bibelleseplan für ein Jahr vorsieht, wählt die ÖAB ein Wort als Jahreslosung aus. Darüber hinaus wird aus den Texten, die in einem bestimmten Monat zu lesen sind, jeweils ein Vers als Monatsspruch bestimmt.

Die ÖAB gibt zwei Bibellesepläne unterschiedlichen Umfangs heraus, die in vier beziehungsweise acht Jahren durch die Bibel führen. Die Lesepläne werden in zahlreichen Publikationen im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus verwendet.

SELK.INFO | ERINNERUNG

Diakonie ist eine Lebensäußerung der Kirche und darüber besteht in der Ökumene Konsens.

Bischof i.R. Dr. Jobst Schöne D.D. von der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) hat immer wieder daran erinnert, dass alles diakonische Handeln der Kirche vom Altar ausgeht, also vom Heiligen Altarsakrament. Noch heute wird das in den Ostkirchen dadurch erkennbar, dass nach der Feier der heiligen Liturgie Gaben zu denen gebracht werden, die diese nötig haben. Die ERINNERUNGEN für das Jahr des Herrn 2021 wollen von der diakonischen Arbeit der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche und deren Vorgängerkirchen erzählen und das geschieht auch 2021 wieder ohne den Anspruch auf Vollständigkeit. Die kommenden Beiträge möchten zugleich dankbar an all die vielen heute unbekanntenen Christenmenschen erinnern, die oft in aller Stille an anderen geübt haben, was Gott an ihnen getan hat. Ohne sie wäre das diakonische Handeln der Kirche nicht vorstellbar (gewesen). Manche Einrichtungen arbeiten nicht mehr unter dem Dach des diakonischen Werkes unserer Kirche, stehen in anderer Trägerschaft. Doch gesät haben die Unsrigen mit ihren bescheidenen Mitteln und ihrem Gottvertrauen, darauf konnten neue Träger aufbauen.

Diakonische Arbeit ist – wie kirchliche insgesamt – nicht frei von Zeitgenossenschaft. Diakonische Existenz von heute wäre in dieser Form im 19. Jahrhundert in weiten Teilen undenkbar gewesen und umgekehrt. Das kann an einem Beitrag des in der Nr.2-2021 bereits erwähnten renitenten Pfarrers Ludwig Thamer von 1878 deutlich werden. Werfen wir also einen Blick in das 19. Jahrhundert.

Der Titel der Schrift: „Was will das Hessische Diakonissenhaus? – Eine weitere Antwort auf an dasselbe gerichtete Fragen.“ Eingangs stellt Thamer fest, was auch heute noch ähnlich geschrieben werden könnte: „Die Geschichte unserer Zeit ist in hervorragender Weise eine Geschichte von Tatsachen aus der Ewigkeit im Gegensatz zu der allgewaltigen Flut zeitlicher Gedankenströmungen, von welchen die Menschen unserer Tage allgemein beherrscht werden ... Das alleinige Mittel, nicht von diesen allgewaltigen Fluten der Zeitströmung ergriffen und rettungslos in den Abgrund getrieben zu werden...“ kann nach Thamer nur darin bestehen, die „Stätte“ aufzusuchen, wo „Tatsachen aus der Ewigkeit gegenüber allen und jeden Zeitströmungen erkannt und behauptet werden“, nämlich „die christliche Kirche“. Das Instrument der Kirche dafür ist der Glaube derselben und den sieht er in der in der hessischen Renitenz als besonders gut aufgehoben an. Wer wollte ihm das verübeln? So sieht er naturgemäß in der im genannten Diakonissenhaus geleisteten Arbeit auch ein Zeugnis für die Renitenz -auf „der der ganze Druck der Zeit liegt“ – als Teil der einen, heiligen und christlichen Kirche aller Zeiten. Der Glaube, der die Arbeit des Hauses trägt, könne nicht erschüttert werden „durch die abgrundtiefsten Lästerungen, welche gegen dasselbe erhoben“ werden, „oder durch die Handlungsweisen solcher, die alle ihre Kräfte aufboten, dasselbe zu vernichten.“ Diakonische Arbeit ohne Anfechtung seitens ihrer Gegner gab es nie und wird es nie geben. Er spricht von „einem Reinigungsprozess“, durch den man hindurchmüsse, „während uns die Freude zu Teil wurde, dass sein Fortgang durch nichts gehindert werden kann-

te...“ Auch dies ist heute tröstlich zu lesen. Auch Thamer wusste gewiss, dass Ungeduld zur Sekte gehört und Geduld zur Kirche und darum kann er schreiben „Wir gehen mit unserem Werk einen langsamen, aber einen umso sicheren Weg.“ Das hat sich im Blick auf das Haus (und darüber hinaus natürlich) im Wandel der Zeiten bestätigt! Dann gibt Thamer auf die Frage, was das Diakonissenhaus wolle, vier prägnante Antworten, die er später ausführlicher erklärt. Hier die Kurzform seiner Gedanken:

- „1. Das Hessische Diakonissenhaus ist gestiftet zum Gedächtnis des höchstseligen Kurfürsten von Hessen, Friedrich Wilhelm I.
2. Das Hessische Diakonissenhaus spricht die Sprache der hessischen Renitenz, aus welcher es hervorgegangen ist.
3. Das Hessische Diakonissenhaus will auf hessischen Boden ein lebendiges Zeugnis sein von dem Fürstentum der Gottes Gnade.
4. Das Hessische Diakonissenhaus erhebt den Anspruch, den Beweis zu führen, dass von nun an die Zukunft der Kirche vorzugsweise in der christlichen Frauenwelt ruht.“

Da fällt mir ein: Der über viele Jahre im Segen wirkende diakonisch-missionarische Frauendienst unserer Kirche hat das gewusst und umgesetzt. Wir sollten das nicht nur in Hessen nicht vergessen, sondern uns immer wieder ins Stammbuch schreiben lassen, wie dürtig diakonische und kirchliche Arbeit insgesamt ohne Frauen aussähe. Thamer erinnert an die heilige Elisabeth, „die Stammutter dieses Hauses“ (gemeint ist das hessische Fürstenhaus), an Bonifatius und andere. Wiederum zeigt er damit die historische Einbettung von Kirche und ihrer Diakonie auf und damit auch die Zeitgenossenschaft von beiden.

Das ist heute nicht anders, wie am 10.12.2019 ein Blick auf die Internetpräsenz der Bundesakademie für Kirche

und Diakonie zeigte (<https://www.ba-kd.de/programm/diakonische-identitaet-profilierete-wirksamkeit-durch-gelingende-zusammenarbeit>): „In kirchlich-diaconischen Arbeitsfeldern sind religiös und weltanschaulich unterschiedlich geprägte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig. In diesem Modul werden Selbstverständnis(se) kirchlich-diaconischer Einrichtungen sowie das Verhältnis von Kirche, Diakonie und Gemeinschaft thematisiert. Es geht um Zugänge zu einer kirchlichen und diaconischen Identität unter den aktuellen Rahmenbedingungen von Gesellschaft, Kirche und Diakonie.“

Thamer, der sich keine Frau auf der Kanzel vorstellen konnte, weiß die Frauen in seiner Zeit und auf seine Weise dennoch sehr zu würdigen und das klingt bei ihm so: „Das Zeugnis des Hl. Geistes und alles, was mit diesem Zeugnis in Zusammenhang steht, gehört in seiner Ursprünglichkeit unstreitig und ausschließlich der christlichen Männerwelt zu, dagegen ist der Glaube, und alles, was mit dem Glauben zusammenhängt, in seiner Ursprünglichkeit und Reinheit ein Eigentum der christlichen Frauenwelt, und wohl kann man sagen: wo die christliche Frauenwelt aufhören würde, der Träger dieses Glaubens in seiner Ursprünglichkeit zu sein, da hört die christliche Kirche selbst und überhaupt auf.“ Ja, er sieht, er geht noch weiter: „Die christliche Männerwelt hat darum nur noch insoweit Existenz in der Kirche, als sie teilnimmt an diesen Zeugnissen des Heil. Geistes und diesen Zeugnissen sich unterordnet. Damit ist aber zugleich auch der christlichen Frauenwelt eine ganz neue Stellung in der Kirche angewiesen, nämlich der Träger des christlichen Glaubens in seiner Ursprünglichkeit und Reinheit in neuer Weise zu sein, und dadurch der Träger der Einheit der Kirche in ganz neuer Weise zu werden, so dass der christliche Glaube ... durch die christliche Frauenwelt in

ganz neuer Weise hin durchleuchtet.“ Diese Stellung will er „der christlichen Frauenwelt in hervorragender Weise in unserer Zeit der Revolution gegenüber anweisen ..., so dass dadurch die Kirche selbst ...Träger einer neuen Erscheinung des Menschengeschlechts wird.“ Der renitente Pfarrer hatte einen hohen Anspruch und formuliert ihn in seiner Zeit und mit seinen Worten. Da wären wir bescheidener heute, aber dass die Arbeit der Kirche in vielfältiger Weise auch heute von Frauen getragen wird, daran kann auch in diesem Jahrhundert nicht gezweifelt werden. Angesichts der Veränderungen seiner Zeit (unter anderem die „Civilehe“) pflanzt Thamer abschließend noch einmal sein Feldzeichen auf und schreibt flammend: „In dieser Zuversicht ist das Hessische Diakonissenhaus gestiftet mit dem Anspruch, dass in solcher Weise durch dasselbe der Beweis geführt werde, wie auch in Hessen noch Frauen vorhanden sind, welche eines solchen Glaubens teilhaftig und im Stande sind, einem solchen Glauben tatsächlich Ausdruck zu geben.“ Alles gedruckt bei W. Hopf in Kassel, also da hört man fast ein wenig unseren aus Hessen stammenden langjährigen Missionsdirektor Friedrich-Wilhelm Hopf D.D. hindurch.

Summa: Das Heft könnte durchaus einmal auf einem Seminar über „Diakonie in ihrer Geschichte“ bearbeitet werden. Früher sprach man übrigens von der INNEREN MISSION, wenn man Diakonie meinte. Das Kronenkreuz erinnert daran.

Autor der Reihe „Erinnerung“:
Pfarrer i.R. Hartmut Bartmuß
Tribünenweg 2
33649 Bielefeld
E-Mail: kph.bartmuss@gmx.de

JUGENDWERKS-INFORMATIONEN

Alles außer singen ... SELK: CoSi-AG tagt online

Homberg/Efze, 17.2.2021 [selk]

In die vielen Online-Sitzungen der vergangenen Monate reihte sich jetzt auch die „CoSi-AG“ ein. Diese gemeinsame Arbeitsgruppe vom Jugendwerk und dem Amt für Kirchenmusik der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) arbeitet am vierten Band der Jugendliederbuchreihe „Come on and sing. Komm und sing“. So muss-

te leider auf das gewohnte Ambiente des Lutherischen Jugendgästehauses verzichtet werden.

Da gemeinsames Singen in einer Video-Konferenz nicht gut funktioniert, musste der geplante Abschluss des Liedbestandes auf die nächste Sitzung Ende April verschoben

werden. Das sollte eigentlich die Hauptbeschäftigung dieser Sitzung sein. Darum schmolz die gemeinsame Zeit von einem Wochenende auf einen Abend.

Aber auch ohne Lieder zu testen, konnte am Liederbuch weitergearbeitet werden. So wurden eigene und in Auf-

trag gegebene, singbare Übersetzungen für englischsprachige und ein portugiesisches Lied besprochen. Außerdem konnten Vorlagen für den Anhang des Buches in den Blick genommen werden. Und schließlich wurde auch der exakte Farbton für den Umschlag festgelegt – vier Nuancen stehen für einen Probedruck bereit.

Gemeinsam in die Bibel eintauchen

SELK: Online-Bibliolog mit dem Hauptjugendpastor

Homburg/Efze, 22.2.2021 [selk]

Wer in der Fastenzeit auf bestimmte Dinge verzichtet, hat die Möglichkeit, anderes genauer in den Blick zu nehmen. So eignen sich diese Wochen hervorragend dazu, sich Zeit zu nehmen für das, was in der Bibel steht. Dafür bietet das Hauptjugendpfarramt der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) im März eine wöchentliche Online-Bibelarbeit in Form eines Bibliologs an.

Jeden Dienstag im März lädt Hauptjugendpastor Henning Scharff (Homburg/Efze), jeweils von 19:00 bis 20:00 Uhr zu einem Online-Bibliolog ein. Wie im Advent schon erfolgreich getestet, eignet sich diese Form auch am Bildschirm sehr gut dazu, gemeinsam in die Bibel einzutauchen.

Beim „Bibliolog“ – einem Kunstwort aus den Begriffen „Bibel“ und „Dialog“ – nehmen die Teilnehmenden die Perspektive einiger Personen ein, die in der behandelten Geschichte vorkommen. Der jeweiligen Person können sie ihre Stimme leihen, um auf Fragen des Leiters zu antworten. Auf diese Weise werden viele und oft ganz unterschiedliche Gedanken gesammelt, die lange nachwirken.

Wer teilnehmen möchte, melde sich bitte direkt bei Scharff an (scharff@selk.de). Die Teilnehmendenzahl pro Abend ist auf 24 Personen begrenzt. Eine Altersbeschränkung gibt es nicht. Jedes Treffen ist in sich abgeschlossen. Man kann also so oft teilnehmen, wie man möchte.

„Himmlische Herbergen“ kurz vor Vereinsgründung

Arbeitsgemeinschaft von christlich geprägten Gästehäusern

Hannover, 22.2.2021 [selk]

Im März ist es soweit: Die „Himmlischen Herbergen“ stehen kurz vor der Vereinsgründung. Die früher auch als „Evangelische Häuser“ bekannte Arbeitsgemeinschaft verspricht sich von einer selbstständigen Rechtsform, wahrnehmbarer nach außen auftreten zu können. Für die vielen großen und kleinen Häuser in unterschiedlicher Trägerschaft ist ein starker Dachverband wichtig – vor allem in der augenblicklichen Krisenzeit.

Aufgaben des Vereins sind die Lobbyvertretung auf Bundesebene, eine Verstärkung der öffentlichen Präsenz und eine Förderung des kollegialen Austausches. Dabei sind

die Beherbergungsbetriebe ausdrücklich als Orte kirchlichen Wirkens im Blick.

Der Zusammenschluss birgt über 300 Häuser mit über 25.000 Gästebetten und mehr als 4 Millionen Übernachtungen pro Jahr. Damit sind die Himmlischen Herbergen der größte gemeinnützige Bettenanbieter in Deutschland! Eine der Himmlischen Herbergen ist das Lutherische Jugendgästehaus in Homburg/Efze. Gemeinsam mit dem ortsansässigen Hauptjugendpfarramt bildet es das geistliche Zentrum des Jugendwerkes der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK).

Ideen gesucht für #gemeinsamglauben

Ökumenischer Hackathon 2021

Hannover, 17.2.2021 [selk/aej]

Nach etwa einem Jahr findet vom 26. bis zum 28. März der zweite #glaubengemeinsam Hackathon statt. Innerhalb von 48 Stunden entwickeln die Teilnehmenden in digitalen Arbeitsgruppen Ideen, die Mut machen für das gemeinsame Glaubensleben nach dem Lockdown. Auf „glaubengemeinsam.de“ können sich Interessierte ab sofort als Teilnehmende, Ideengebende oder Mentoren für den ökumenischen Hackathon 2021 anmelden.

Seit einem Jahr fordert die Corona-Pandemie Gemeinden und Gläubige heraus, altbekannte Strukturen und Methoden zu hinterfragen, umzuwerfen und neu zu denken. Mitinitiatorin Anna-Nicole Heinrich sagt dazu: „Wir haben neue Räume für das Evangelium erschlossen, digitale Kirche erlebt und örtliche Grenzen überwunden. Aber: Was davon bleibt nach der Pandemie? Zurück zu alten Mustern? Nein!“ Der Hackathon 2021 soll daher eine Plattform

bieten, um weiter mutig und innovativ an Ideen für eine Kirche nach dem Lockdown zu arbeiten. „Gemeinsam glauben gelingt, wenn wir uns ständig neu fragen, wie Kirche heute sein muss, damit Menschen gemeinsam Gottes Liebe entdecken“, so Heinrich.

Bereits im April 2020 hatten die Initiatoren von #glaubengemeinsam innerhalb weniger Wochen einen Kirchen-Hackathon mit über 700 Beteiligten auf die Beine gestellt. Das ermöglichte inmitten des ersten Lockdowns Hoffnung, Gemeinschaft und Kreativität. Auch 2021 werden die Initiatoren dabei von zahlreichen Partnerinnen und Partnern aus der Ökumene unterstützt, unter anderem von Fresh X-Netzwerk e.V., dem Bistum Hildesheim, der Evangelischen Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung (midi), dem Netzwerk ruach. jetzt und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

„Da geht noch viel mehr“

Videokonferenzen vielfältig gestalten

Düsseldorf, 22.2.2021 [selk/jissa]

Unter dem Titel „Da geht noch viel mehr“ hat das Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland umfangreiches Material und Hintergrundinformationen zur digitalen Gruppenarbeit veröffentlicht. Da derzeit viele Projekte und Ideen online stattfinden müssen, sollen hier verschiedene Grundlagen, Tipps und Tricks für erfolgreiche Durchführungen bereitgestellt werden, damit Videokonferenzen vielfältig ausgestaltet werden können.

Welches Videokonferenztool eignet sich am besten? Welche Hilfsmittel gibt es, um gemeinsam an Ideen, Projek-

ten oder Präsentationen zu arbeiten. Wie können digitale Treffen methodisch und spielerisch aufgelockert werden? Und wie sieht es bei all dem eigentlich mit Datenschutz aus? Zu diesen und weiteren wichtigen Fragen rund um das Thema Online-Konferenzen wurden Antworten gesammelt und in der Handreichung breit und gut sortiert aufbereitet.

Die Handreichung ist kostenfrei auf der Homepage der des Amtes für Jugendarbeit (jugend.ekir.de) abrufbar – dort bei Service/Materialien nachsehen.

AUS DEM WELTLUTHERTUM

Finnland: Missionsdiözese wählt neuen Bischof Juhana Pohjola wird im Sommer eingeführt

Helsinki, 25.1.2021 [ilc-online]

Die Evangelisch-Lutherische Missionsdiözese Finnlands (Suomen evankelisluterilainen lähetysliikunta | ELMDF) hat Diözesandekan Juhana Pohjola zu ihrem neuen Bischof gewählt. Die Wahl wurde während der Synode der ELMDF am 23. Januar 2021 bekannt gegeben.

„Ich möchte mich für das große Vertrauen bedanken, das Sie mir entgegengebracht haben, indem Sie mich so stark unterstützt haben und mich für diese wichtige und anspruchsvolle Aufgabe gewählt haben“, sagte Pfarrer Dr. Pohjola in einer Rede nach der Wahl. „Ich fühle meine Schwäche angesichts einer so großen Aufgabe, aber ich weiß, dass die Angelegenheit in den Gemeinden diskutiert wurde und dass viele Gebete und Fürbitten für diese Angelegenheit gesprochen wurden, was mich ermutigt, mich darauf zu freuen.“

Insgesamt erhielt Dr. Pohjola in der Vorabstimmung 111 Stimmen (90,2 Prozent), während der Kandidat Pfarrer Esko Murto 12 Stimmen erhielt. Insgesamt haben 95 Prozent der potenziellen Delegierten an der Wahl teilgenommen.

Die Einführung von Dr. Pohjola ist für den 1. August 2021 auf dem Sommerfest der Missionsdiözese der ELMDF in Loimaa, Finnland, geplant. Dr. Pohjola wird die Nachfolge von Bischof Risto Soramies antreten, der von 2013-2021 das Bischofsamt innehatte. Matti Väisänen war erster finnischer Bischof der Missionsprovinz Schweden und Finnland von 2010 bis zur Entstehung der Evangelisch-Lutherischen Missionsdiözese Finnland im Jahr 2013.

Dr. Pohjola war von 2013 bis heute Diözesandekan der ELMDF und von 2000-2001 und 2012 bis heute Dekan ihrer Trägerstiftung, der Luther Foundation Finland (LFF). Zuvor war er von 2000 bis 2010 Hauptpastor der lutherischen Kirche St. Markus in Helsinki und von 2011 bis 2012 Gastwissenschaftler am Concordia Lutheran Theological Seminary (St. Catharines, Ontario, Kanada). Er führt einen Master of Theology-Titel der Universität Helsinki (1997), einen Master of Sacred Theology des Concordia Theological Seminary in Fort Wayne, Indiana (1998), und einen Dokortitel der Theologie der Universität Helsinki (2014).

Die ELMDF und Dekan Juhana Pohjola erregten 2020 internationale Aufmerksamkeit, als die finnische Polizei im Jahr 2004 gegen sie zu ermitteln begann wegen der Veröffentlichung einer Broschüre, die die historische christliche Lehre zu menschlicher Sexualität wiederholte. Die Broschüre, die von einer finnischen Parlamentsabgeordneten verfasst wurde, wurde lange vor der 2017 erfolgten Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe in Finnland veröffentlicht. Dekan Pohjola wurde fünf Stunden lang im Rahmen einer laufenden Untersuchung verhört, die internationale Besorgnis über den Zustand der Religionsfreiheit in Finnland ausgelöst hat.

Die Evangelisch-Lutherische Missionsdiözese Finnland ist Mitglied des Internationalen Lutherischen Rates und hier mit der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche verbunden.

ILC verschiebt Weltkonferenz auf 2022 Viele Mitglieder könnten online nicht teilnehmen

Online, 29.1.2021 [ilc-online]

Der Vorstand des Internationalen Lutherischen Rates traf sich am 18. Januar 2021 online zu einer regulären Sitzung. Er beschloss dabei, die kommende ILC-Weltkonferenz, die vorläufig für September 2021 geplant war, auf 2022 zu verschieben.

Der Vorstand reagiert damit auf die aktuellen Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie. Er hatte auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, die Konferenz online

abzuhalten. Die weltweiten Unterschiede im Internetzugang hätten aber Möglichkeiten einiger Mitglieder zur vollen Teilnahme an der Konferenz zu sehr eingeschränkt.

Auf seiner Januar-Sitzung diskutierte der Vorstand daneben auch neue Mitgliedsanträge an den ILC, Nothilfprogramme und die internationale lutherische theologische Ausbildung.

Indonesien: Lutherisches Studienzentrum eröffnet

Theologische Grundbildung für Pfarrer und Lehrkräfte

Pemetangsiantar, 15.1.2021 [Lca.org.au]

Ein lang gehegter Wunsch der lutherischen Kirchen Indonesiens ist mit der Eröffnung des Luther-Studienzentrums (LSC) in Pemetangsiantar in Nord-Sumatra in Erfüllung gegangen. Das Zentrum wurde Ende letzten Jahres von Gliedern der indonesischen Kirchen eröffnet, die von Freunden und Partnern aus der ganzen Welt unterstützt wurden.

„In den letzten Jahren hat es unter den Kirchen, mit denen wir in Indonesien zusammenarbeiten, ein Erwachen gegeben“, sagte Pfarrer Matt Anker, Assistent des Bischofs für internationale Mission der Lutherischen Kirche von Australien (LCA) anlässlich der Einweihung. Wichtige Führungspersonlichkeiten hätten erkannt, dass ihre Kirchen trotz ihrer geschichtlichen Verbindungen zum lutherischen Bekenntnis oft von den charakteristischen lutherischen Lehren über Sünde und Gnade abgewichen seien. Sie hätten wahrgenommen, dass die Gefahr besteht, Menschen den Trost des Evangeliums und die Gewissheit der Erlösung durch den Glauben an Christus zu rauben. So hätten sie um Hilfe gebeten, und LCA International Mission habe helfen können.

Das neue Studienzentrum soll die lutherischen Kirchen Indonesiens unterstützen, ihr Verständnis einer Theologie zu stärken, die Gesetz und Evangelium richtig unterscheidet und die Menschen auf das Erlösungswerk Christi am Kreuz hinweist, und eine entsprechende kirchliche Praxis zu entwickeln.

Pfarrer Basa Hutabarat, der Exekutivsekretär des Nationalkomitees der Kirchen des Lutherischen Weltbundes in Indonesien, sagte: „Unsere Erwartung ist, dass das LSC ein Programm in lutherischer Lehre anbietet, das für alle Theologiestudierenden obligatorisch ist. Auch Lehrer und Lehrerinnen an lutherischen Schulen sollten dieses Programm absolvieren. Von dieser Lehre her verstehen und kennen wir die Bedeutung lutherischer Theologie für unser christliches Leben.“

Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung des LSC arbeitet LCA International Mission mit dem Australian Lutheran College (ALC) zusammen, um sowohl persönliche als auch Online-Seminare anzubieten, die von Lehrkräften des ALC geleitet und über das LSC angeboten werden.

USA: Präses der ELS erliegt Herzinfarkt

John Arthur Moldstad mit 66 Jahren verstorben

Madison Lake, 2.2.2021 [reporter]

Pfarrer John Arthur Moldstad Jr., Präses der Evangelisch-Lutherischen Synode (ELS) in den USA, verstarb am 29. Januar in Madison Lake (Minnesota) an den Folgen eines Herzinfarkts. Er wurde 66 Jahre alt.

Moldstad wurde am 6. April 1954 in Bagley, Minnesota, als Sohn eines Pfarrers geboren. Er heiratete Joslyn Marie Wiechmann am 31. Juli 1977. Er studierte am Bethany Lutheran College in Mankato (Minnesota), am Northwestern College in Watertown (Wisconsin) und am Bethany Lutheran Theological Seminary in Mankato. Das Wisconsin Lutheran Seminary in Mequon (Wisconsin) schloss er mit einem Master in Sacred Theology ab.

Moldstad war Pfarrer in ELS-Gemeinden in Princeton, Minnesota, Sioux Falls, S.D., Lake Havasu City, Arizona, und Oregon, Wisconsin. 1994 wurde er als Professor für Neues Testament an das Bethany Lutheran Theological Seminary berufen, und 2002 wurde er ELS-Präsident, ein Amt, das er bis zu seinem Tod innehatte.

Die ELS gehört wie die Evangelisch-Lutherische Wisconsin Synode (WELS) zur Konfessionellen Evangelisch-Lutherischen Konferenz, deren deutsches Mitglied die Evangelisch-Lutherische Freikirche ist. Zwischen 1870 und circa 1960 arbeiteten beide Kirchen in der Synodalkonferenz mit der Lutherischen Kirche – Missouri Synode (LCMS), der größten US-amerikanischen Partnerkirche der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche zusammen. Er seit knapp zehn Jahren gibt es zwischen ELS, WELS und LCMS wieder regelmäßige Gespräche, an denen Moldstad, wichtigen Anteil hatte.

Pfarrer Glenn Obenberger, der neue ELS-Präses, bezeichnete Moldstads Tod als „erdrückend traurige Nachricht für uns in der Evangelisch-Lutherischen Synode“. Moldstads bescheidenes Auftreten mit seiner offensichtlichen Liebe zum Evangelium Jesu Christi und zu seinen Menschen, zusammen mit seinem Sinn für Humor, habe ihn sehr beliebt gemacht. Moldstad hinterlässt seine Frau Joslyn, acht Kinder und 14 Enkelkinder.

USA: Weiteres LCMS-College wird geschlossen

Concordia College New York stellt Betrieb ein

Bronxville, 28.1.2021 [reporter]

Am 28. Januar gaben das Concordia College New York (CCNY), Bronxville, N.Y., und das Iona College, New Rochelle, N.Y., eine gemeinsame Pressemitteilung heraus, in der sie die Schließung des CCNY im Herbst 2021 bekannt gaben. In der Mitteilung wurde bekannt gegeben, dass die Institutionen eine formelle Vereinbarung getroffen haben, nach der das Iona College den Concordia Campus in Bronxville übernimmt und die Ausbildung der Concordia Studenten fortsetzt, so dass die meisten Studenten ihren Abschluss in Iona bekommen können. Der Unterricht des Concordia College New York wird ab dem Herbstsemester 2021 eingestellt und das College wird geschlossen.

Das CCNY ist zwar eine eigenständige juristische Person, die vom CCNY Board of Regents geleitet wird, gehört aber zum Concordia University System (CUS) und ist als solches ein wichtiger Teil der Mission und des Dienstes der Lutherischen Kirche - Missouri Synode (LCMS). Die Auswir-

kungen der Schließung von CCNY werden für die gesamte LCMS spürbar sein.

Der Präsident der LCMS, Pfarrer Dr. Matthew C. Harrison zeigt sich betroffen. „Die Nachricht von der bevorstehenden Schließung des Concordia College New York trifft uns schwer. Seit 140 Jahren haben seine Absolventen der Kirche und der Welt in gottgefälligen Berufen rund um den Globus ihren Dienst getan – und tun es noch.“ So sehe er auch dankbar auf die CCNY-Geschichte zurück.

Concordia College New York ist innerhalb von drei Jahren das dritte College im Concordia University System, das seinen Betrieb einstellt. 2018 beendete das Concordia College Alabama in seinen Lehrtätigkeit, im vergangenen Jahr folgte die Schließung der Concordia University in Portland, Oregon. Zum CUS gehören noch sieben weitere Universitäten.

Niedersachsen: Oldenburger Bischof übernimmt Ratsvorsitz

Adomeit: Konföderation ist ein Erfolgsmodell

Oldenburg, 25.1.2021 [ELKiO]

Der Rat der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen hat am Montag den Oldenburger Bischof Thomas Adomeit einhellig zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Er löst damit Hannovers Landesbischof Ralf Meister ab, der dem Gremium seit 2012 vorstand. Neue stellvertretende Ratsvorsitzende ist Dr. Stephanie Springer, Präsidentin des Landeskirchenamtes der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Sie folgt auf Dr. Susanne Teichmanis, juristische Oberkirchenrätin der Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg.

Die Wahl fällt zusammen mit dem 50. Geburtstag der Konföderation. Bischof Adomeit, Leitender Geistlicher der Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg, dazu: „Die Konföderation der evangelischen Kirchen in Niedersachsen hat eine bewegte Geschichte hinter sich: Die Zusammenarbeit der fünf Landeskirchen im Gegenüber und im Miteinander mit dem Land Niedersachsen hat sich auf der Grundlage des Konföderationsvertrags immer enger und vertrauensvoller entwickelt.“ Adomeit bezeichnet dies als ein Erfolgsmodell. „Es ist ein tragfähiges Netzwerk. Die Zusammenarbeit funktioniert, Gemeinsames wird auf Augenhöhe verhandelt, Mühsames kann ausgesprochen und angegangen werden. Eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit ist wünschenswert. Themen wie der Religionsunterricht, die Evangelische Erwachsenenbildung

oder auch der kirchliche Dienst in Polizei und Zoll verbinden sowohl untereinander als auch mit dem Land. Der regelmäßige Austausch mit den Fraktionen im Landtag und der Landesregierung helfen dabei.“

Insbesondere während der Corona-Pandemie habe die Konföderation der evangelischen Landeskirchen als Gesprächspartnerin für das politische Gegenüber eine große Rolle gespielt, sagt Adomeit. „Wir haben deutlich gespürt, wie wichtig ein guter Kontakt zum Land ist. Alle fünf Kirchen haben mit dem gemeinsamen Vorgehen und den offenen Türen in der Landespolitik einen Weg gefunden, als Kirchen bei den uns anvertrauten Menschen zu bleiben – durch Verabredungen zu Gottesdiensten, Bildungsangeboten, Seelsorge und Beratung. Das Vertrauen in das Miteinander hat getragen. Das war und ist für die Menschen in Niedersachsen ein großer Gewinn.“

Die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen entstand 1971. Zu ihr gehören die vier evangelisch-lutherischen Landeskirchen Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe sowie die Evangelisch-reformierte Kirche mit Sitz in Leer. Die fünf Kirchen haben sich zusammengeschlossen, um ihre Interessen gegenüber dem Land Niedersachsen gemeinsam zu vertreten und Gemeinschaftsaufgaben wahrzunehmen.

„Being Lutheran“ Realpräsenz in digitaler Kirche Veränderungen durch Corona-Pandemie

Genf, 10.2.2021 [lwi]

Wie sind die Kirchen mit den Beschränkungen umgegangen, die durch die COVID-19-Pandemie notwendig geworden waren? Wie kommen sie nach etwa einem Jahr mit den Beschränkungen und dem Online-Format für Gottesdienste zurecht? Und vor allem: Wie werden die Erfahrungen des letzten Jahres Theologie, Gottesdienste und die seelsorgerliche Praxis in den kommenden Jahren prägen? In Rahmen eines Webinars am 3. Februar in der Reihe „Being Lutheran“ haben sich drei Theologie-Fachleute aus den USA, den Niederlanden und Malaysia mit diesen Fragen auseinandergesetzt und aus ihrer jeweils ganz persönlichen Wahrnehmung berichtet, was für eine große Herausforderung die COVID-19-Pandemie für die Kirche war und ist, und wie tiefgreifend sie diese verändert hat.

Deanna Thompson ist Direktorin des Lutheran Center for Faith, Values and Community am St. Olaf College im US-Bundesstaat Minnesota. In den letzten Jahren hat sie sich zudem einen Namen gemacht als „Fürsprecherin für eine digitale Kirche“ – eine Rolle, die ihr 2008 kurz nach einer Krebserkrankung in Stadium 4 etwas unfreiwillig zuteilwurde. Sie berichtet, dass sie „alles virtuelle“ ursprünglich eher skeptisch betrachtete, erlebte sie nach ihrer Diagnose, dass sich befreundete Menschen online vernetzten, um wichtige Unterstützung zu leisten, und stellte fest, dass „digitale Instrumente nicht einfach ein schlechter Ersatz für reale Begegnung sind, sondern vielmehr lebenserhaltenden Kontakt ermöglichen konnten“.

Als Menschen, die „Luthers Theologie des Kreuzes überzeugt hat“, so Thompson, „wissen wir, dass Gott überall dort gegenwärtig ist, wo wir es am wenigsten erwarten“. Schon vor Beginn der Pandemie hatte Thompson begonnen, sich damit zu beschäftigen, was es bedeutet, dass „Christus wirklich im Wort gegenwärtig ist“. Diese Glaubensüberzeugung habe in der Zeit der Selbstisolation an Bedeutung gewonnen.

Online-Andachten und Online-Gottesdienste seien eine wichtige Aufgabe von Pfarrerinnen und Pfarrern, insbesondere für kranke, ältere und gefährdete Menschen, die vielleicht nie wieder persönlich zum Gottesdienst kommen können, so Thompson weiter. Sie bemerkte auch, dass religiöse Online-Formate viel Zuspruch erhalten hätten von denen, die eher selten in die Kirche gehen. Digitale Gottesdienste können „ein größeres Gefühl von Verbundenheit schaffen, als wir denken“.

„Gottes Kreativität“ habe in dieser Zeit der ungekannten Herausforderungen für die Kirchen überrascht, so Andreas Wöhle. Als Mitglied der Protestantischen Kirche in den Niederlanden und Hauptpastor der Oude Lutherse Kerk in

Amsterdam hat er selbst erlebt, wie die Online-Gottesdienste zu ganz neuen und auch tieferschürfenden Glaubenserfahrungen geführt haben. Insbesondere Familien hätten so gemeinsam Gottesdienst gefeiert.

Zu Beginn des Lockdowns, erinnert sich Wöhle, habe seine Kirche zwar schon auf den Bedarf an Online-Gottesdiensten reagiert, aber gleichzeitig erkennt, dass es eine äußert dringende „diakonische Aufgabe“ sei, auch weniger technologieaffinen Gemeindegliedern einen digitalen Zugang zu ermöglichen. In der Passionszeit 2020, so Wöhle, fanden viele, dass die angemessenste Antwort auf „Christi Gegenwart in dem Schmerz, dass wir nicht zusammenkommen können“ sei, auf das Abendmahl zu verzichten. Die Erfahrungen der Selbstisolation, führte er weiter aus, haben „eine neue Dimension von Gemeinschaft“ zur Folge gehabt, die „tieferschürfender ist als unser bisheriges theologisches Denken“.

Auch für den Vorsitzenden der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung der Lutherischen Kirche in Malaysia, Augustin Muthusami, waren diese wichtigen Fragen eine große Herausforderung. Muthusami ist Pfarrer der Luther House Chapel in der Nähe der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur und im Bereich Bildung und Kommunikation der Kirche tätig. Zu Beginn der Pandemie, erzählt er, „waren wir zurückhaltend was ein [digitales] Abendmahl anging“, denn wir spürten eine „große Angst“ davor, dass das Sakrament „verramscht“ würde.

Als der Lockdown länger andauerte, sagte Muthusami, habe man sich von dem lutherischen Verständnis einer „unsichtbaren Kirche“ inspirieren lassen. Im Dezember habe die Kirche zugestimmt, dass Gemeinden ein virtuelles Abendmahl feiern dürften. „Uns ist klar geworden, dass die Menschen sich insbesondere in derart von Stress geprägten Zeiten nach dem Sakrament sehnten“, berichtet er. Die Kirche habe jedoch „Bedingungen formuliert“, die Rechenschaft fordern und erläutern, „dass dies eine außergewöhnliche Maßnahme in außergewöhnlichen Zeiten“ sei.

Aufklärung sei ein wichtiger Teil des Prozesses, sagt Muthusami. Seine Kirche habe Briefe an alle Kirchenvorstände geschickt und darin erklärt, wie die Sakramente in diesen außergewöhnlichen Zeiten verwaltet werden sollten. Während ein Internetzugang für viele Menschen in aller Welt nach wie vor eine „Frage der Gerechtigkeit“ ist, waren sich alle Vortragenden und Teilnehmenden an dem Webinar einig, dass die Erfahrungen des Kircheseins in einer Pandemie „verändern, wer wir in Zukunft sein werden“.

Dänemark: Protest gegen Schwächung der Religionsfreiheit Gesetzentwurf schreibt vor, dass alle Predigten ins Dänische übersetzt werden

Frederiksberg/Genf, 12.2.2021 [lwi]

Die Evangelisch-Lutherische Volkskirche in Dänemark hat sich besorgt gezeigt angesichts eines Gesetzentwurfs, der die verpflichtende Übersetzung aller Predigten ins Dänische vorsieht. In einem offenen Brief an die dänische Regierung warnt der kirchliche Rat für internationale Beziehungen, das Gesetz würde „Misstrauen und Ausgrenzung“ von Minderheiten zur Folge haben und „religiöser Schikane“ den Weg ebnen.

In dem an die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen sowie an Kirchen- und Kulturministerin Joy Mogensen gerichteten Schreiben erklären die unterzeichnenden Kirchenleitenden, das geplante Gesetz sei das „jüngste in einer Reihe von Gesetzesvorlagen“, die „negative politische Signale bezüglich der Rolle der Religion in der Gesellschaft“ setzten und nahelegten, dass die „Religionsausübung ein Hindernis für die Integration in eine offene, pluralistische Gesellschaft“ darstelle.

Sie warnen, diese Entwicklungen könnten die Freiheitsrechte untergraben, „auf denen unsere gemeinsame Gesellschaft aufbaut“, und betonen, das Gesetz würde eben jene Integration behindern, die es „eigentlich stärken soll“. Der Gesetzentwurf soll im Februar vom dänischen Parlament debattiert werden. Würde er verabschiedet, müssten zukünftig alle Predigten und sonstige Reden im liturgischen Zusammenhang auf Dänisch gehalten oder als Übersetzung vorgelegt werden.

Der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Martin Junge, unterstützte das Anliegen in einem weiteren, vom 26. Januar datierten Schreiben an die Ministerpräsidentin: „Der Gesetzesvorschlag läuft den ausdrücklichen Vorgaben zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit zuwider, die in den internationalen Menschenrechtsnormen verankert sind.“

Das Schreiben im Namen der weltweiten Gemeinschaft des LWB mit ihren 148 Mitgliedskirchen führt aus, der Gesetzentwurf möge wohl auf „größere Transparenz und Verantwortlichkeit bei den Religionsgemeinschaften“ abzielen, würde sich aber letztlich als der Erreichung dieser Zielsetzung abträglich erweisen.

In seinem Schreiben verweist Junge auf einen Appell des Nationalen Kirchenrats in Dänemark, in dem 16 christliche Traditionen vertreten sind. Der ebenfalls an die Ministerpräsidentin gerichtete Appell stellt fest, der Gesetzentwurf verletze „die dänische Tradition von Freiheit und Vielfalt“, überdies laufe er auch der lutherischen Tradition zuwider, „die durchgängig die Bedeutung der Muttersprache betont.“

Der Kirchenrat führt weiter aus, das Gesetz würde verschiedene christliche Konfessionen, darunter „die katholische, orthodoxe und anglikanische Kirche, die deutsche und französische reformierte Kirche sowie ein breites Spektrum von Freikirchen und Migrationsgemeinden unter Verdacht stellen.“ In Dänemark gehören über 74 Prozent der Bevölkerung der lutherischen Volkskirche an.

Die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE), die die katholischen Ortskirchen in den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) vertritt, hat ihrerseits ebenfalls eine Erklärung vorgelegt, in der sie zum Dialog zwischen den dänischen Behörden und den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Land aufruft. Wenn Mitgliedsstaaten „Antiradikalisierungs- und Antiterrormaßnahmen“ konzipierten, sollten sie dabei berücksichtigen, dass die von der EU aufgelegte Gemeinsame Agenda für die Terrorismusbekämpfung selbst die Religionsfreiheit zu dem Fundament rechne, auf dem die EU steht.

AUS DER EVANGELISCHEN WELT

Konföderation evangelischer Kirchen besteht seit 50 Jahren

Sie soll die Rolle der Kirchen für das Gemeinwohl hervorheben

Hannover, 11.2.2021 [epd/selk]

Die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen blickt in diesem Jahr auf ihr 50-jähriges Bestehen zurück. Sie wurde 1971 gegründet, um die Interessen der fünf evangelischen Landeskirchen gegenüber dem Land zu vertreten und Gemeinschaftsaufgaben wahrzunehmen. Nur in Niedersachsen gebe es fünf Landeskirchen innerhalb eines Bundeslandes, erklärten die Bevollmächtigten der Konföderation, Andrea Radtke und Dr. Kerstin Gäfgen-Track, am 8. Februar in Hannover: „Damit ist die Konföderation eine bundesweit einmalige Einrichtung.“ Eine Feier zum Jubiläum ist wegen der Corona-Pandemie bislang allerdings nicht geplant.

Mitglieder der Konföderation sind die evangelisch-lutherischen Landeskirchen Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe sowie die Evangelisch-reformierte Kirche mit Sitz in Leer. Sie repräsentieren zusammen rund 3,3 Millionen Gemeindeglieder. „Es zeigt sich immer wieder, wie wichtig es ist, dass die fünf evangelischen Kirchen mit einer Stimme in der Öffentlichkeit zu politisch und gesellschaftlich relevanten Themen sprechen“, erläuterten Radtke und Gäfgen-Track. „Dies wird insbesondere in der Zeit der Pandemie deutlich, wo wir immer wieder darum ringen müssen, das kirchliche

Selbstbestimmungsrecht einzusprechen und den Öffentlichkeitsauftrag wahrzunehmen.“

Das reiche von der Frage, ob und wie Präsenzgottesdienste gefeiert werden könnten, über das Engagement für besonders gefährdete Gruppen bis hin zur Öffnung von Kindertagesstätten. Bei der Kita-Frage etwa gehe es um die Sorgen und Nöten der Erzieherinnen und Erzieher und gleichzeitig um die Notwendigkeit der Einrichtungen für die Eltern, aber auch um die dringend erforderlichen Kontaktmöglichkeiten für die Kinder.

„Die Arbeit wird auch jenseits der Pandemie zunehmend herausfordernder, weil wir befürchten, dass sich die gesellschaftlichen Konflikte verschärfen, und wir mit unserem Engagement für benachteiligte Menschen nicht ausreichend wahrgenommen werden“, erklärten die beiden Oberlandeskirchenrätinnen. „Dies hängt sicher auch damit zusammen, dass in der Gesellschaft und Politik die Rolle der Kirchen für das Gemeinwohl immer weniger im Blick ist.“ Die Konföderation werde sich auch zukünftig gegenüber der Öffentlichkeit klar positionieren und für die Rechte und die Teilhabe von Menschen eintreten.

Kirchenpädagoge Ottmar Hinz gestorben

Er erfand die Bildungsreihe „Literatur an Ort und Stelle“

Bremen, 14.2.2021 [epd/selk]

Einer der innovativsten Kirchenpädagogen in Bremen, Ottmar Hinz, ist tot. Der ehemalige Referent des Bildungswerkes der Bremischen Evangelischen Kirche starb am 9. Februar nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 67 Jahren. „Er konnte Worte zum Leuchten bringen und Licht in Worte fassen“, heißt es in einem Nachruf des Bildungswerkes.

Weit über Bremen hinaus machte sich Hinz als Erfinder der Bildungsreihe „Literatur an Ort und Stelle“ einen Namen: In Kurzreisen begaben sich Kulturinteressierte auf die Spuren großer Dichter. Dabei kam es Hinz nicht nur darauf an, die Bücher zu studieren, sondern die Orte ken-

nenzulernen, an denen sie spielen oder entstanden sind. „Die Topographie der deutschen Literatur ist dezentral“, erläuterte Hinz damals seine Idee. „Kulturelle Knotenpunkte liegen in Berlin, Frankfurt oder Wien, aber auch in ehemaligen Nebenresidenzen, in Kleinstädten und Dörfern.“

Großes Engagement steckte der Pädagoge in die ökumenische Ausbildung von Kirchenführerinnen und -führern. Er erdachte Stadtrundgänge zu religiösen, geschichtlichen und politischen Themen. So zeigte er verblüfften Gruppen, dass Engeldarstellungen in der Bremer Innenstadt allgegenwärtig sind.

Literarisch wurde er vor allem durch ein Buch unter dem Titel „Licht, das singt“ bekannt: Ein Bildband zu den berühmten Fenstern des französischen Glaskünstlers Alfred Manessier in der historischen Bremer Stadtkirche Unser Lieben Frauen.

Außerdem engagierte sich Hinz in der christlich-jüdischen Verständigung und in der Ökumene. So war er Mitorganisator einer kirchlichen „Staffel der Gastfreundschaft“, die 2017 mit dem Ökumenepreis der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland ausgezeichnet wurde.

Pfarrverein: Landgemeinden werden kaputtgemacht „Menschen verlieren ihre Beheimatung in ihrer Ortsgemeinde“

Gemünden, 27.1.2021 [IDEA/selk]

In der evangelischen Kirche werden Landgemeinden durch Strukturveränderungen „kaputtgemacht“. Diese Ansicht vertritt der Vorsitzende des Rheinischen Pfarrvereins, Pfarrer Friedhelm Maurer, in seinem Jahresbericht im „Info-Brief“ des Vereins.

Im Rahmen sogenannter Reformprozesse würden in ländlichen Regionen systematisch Gemeindepfarrstellen abgebaut und Gemeinden zu immer größeren Einheiten zusammengefasst, erklärte Maurer. Die Folgen seien verheerend. Die Gemeindeleitungen vor Ort würden durch Vorgaben der Kirchenkreisverwaltung faktisch entmündigt. Viele ehrenamtliche Mitarbeiter in den Presbyterien (Gemeindeleitungen) zögen sich resigniert zurück, weil sie „nur noch mehr oder weniger umsetzen können, was von oben angeordnet wird“. Im Gegenzug zum Abbau der Gemeindepfarrstellen wachse die Verwaltung immer weiter. Die Folge sei, dass „Menschen aus dieser Kirche austreten, weil sie ihre Beheimatung in ihrer Ortsgemeinde verlieren, der man ihren Pfarrer genommen hat und

schlussendlich eines Tages auch ihre Dorfkirche nehmen wird, weil in der ohnehin keine Gottesdienste mehr stattfinden und sie nur noch als Kostenfaktor gesehen wird“.

Scharfe Kritik übt Maurer an dem Papier „Zwölf Leitsätze für eine aufgeschlossene Kirche“, das die EKD-Synode im November 2020 beschlossen hatte. Sie vermittelten den Eindruck, dass es der Kirche mehr um ihre eigene Zukunft als um das Reich Gottes gehe. In den Leitsätzen werde auf subtile Weise versucht, „alle auf allen Ebenen auf Linie zu bringen“. So werde etwa Kritik an Umstrukturierungen als „Selbsterhaltungsinteresse von Teilbereichen“ der Kirche hingestellt. In der Kirche dürfe es aber nicht um Macht und Machterhalt im Sinne einer Einheitspartei gehen, so Maurer. Mit Blick auf die künftige Entwicklung stelle sich die Frage: „Wollen wir endlich wieder mehr Gemeindekirche statt weiterwachsender Behördenkirche, wollen wir wieder mehr Selbstbestimmung und Vielfalt von Ortsgemeinden statt Gleichschaltung mit Top-Down-Hierarchie?“

Die Trauerkultur muss heute neue Wege gehen Schweizer Startup-Unternehmen will Beerdigungen online übertragen

Nussbaumen, 28.1.2021 [IDEA/selk]

In den vergangenen Monaten konnten viele Menschen an den Beisetzungen von Verwandten und Freunden aufgrund der Corona-Maßnahmen nicht teilnehmen. Die Gründer der Firma „Airpur Heaven Communication“ wollen sich dafür einsetzen, dass dies künftig per Online-Übertragung möglich ist. Hierfür werden die Trauerfeiern mit ein bis zwei Videokameras gefilmt und auf einer speziellen Internetseite ausgestrahlt. Den Link bekommen die Interessierten zugesandt. Er ist nicht für die Öffentlichkeit zugänglich.

Das Problem, dass nicht jeder an einer Beerdigung teilnehmen kann, sei nicht neu, aber durch die Corona-Krise

nun ins Bewusstsein gerückt, sagte Ludwig Sahesch-Pur gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. „Den Moment des Abschiednehmens auf dem heimischen Fernseher oder auf dem Laptopbildschirm in Echtzeit wahrnehmen zu können, kann sehr wichtig und heilsam sein“, so der Diplomingenieur. Es gebe Momente und Szenen bei Beerdigungen, die könne man im Nachhinein nicht fühlen oder verstehen, wenn man sie nur erzählt bekäme.

Die Vorbehalte gegen Online-Übertragungen von Beisetzungen seien allerdings in Europa noch recht groß, äußert seine Geschäftspartnerin Regina Roos. „In anderen

Ländern wie Australien ist es völlig normal, dass auf der Traueranzeige ein Link vermerkt ist, unter dem man die Beerdigung mitverfolgen kann.“ In Deutschland befürchteten viele Menschen, dass die digitale Beerdigung die vorhandene Trauerkultur ersetzen könne. Es solle sie aber nur ergänzen.

Trauer kann in den verschiedensten Formen erfolgen, allerdings sollten so viele Sinne wie möglich stimuliert

werden. Dazu gehöre eine professionelle Visualisierung, sind die beiden engagierten Christen überzeugt. Eine schlechte Ton- und Bildqualität bei einer Übertragung generierten Angst anstatt Offenheit. Die Trauerkultur müsse heute neue Wege gehen. Die beiden Geschäftspartner sind sich sicher, dass Online-Übertragungen in fünf Jahren Standard sind. Junge Menschen seien schon sehr viel offener für solche Formate.

Ivana Prochazkova übernimmt Amt von ihrem Ehemann Tschechien: Erstmals leitet eine Frau die methodistische Kirche

Prag, 3.2.2021 [IDEA/selk]

In Tschechien leitet erstmals eine Frau die dortige Evangelisch-methodistische Kirche (EmK). Der zuständige methodistische Bischof für Zentral- und Südeuropa, Dr. Patrick Streiff (Zürich), berief die promovierte Alttestamentlerin Dr. Ivana Prochazkova in das Amt der Superintendentin für Tschechien. Die 50-jährige ist damit Nachfolgerin ihres Ehemannes Petr Prochazka (54), der das Amt zehn Jahre lang innehatte. Vor der Berufung zur Superintendentin war sie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Karls-Universität in Prag sowie als Vize-Direktorin des Bildungsinstituts der EmK in Tschechien tätig, wo sie sowohl Laien als auch Geistliche ausbildete. Darüber hinaus wirkte Prochazkova mit ihrem Mann in unterschiedlichen Gemeinden in Prag und Pilsen.

Petr Prochazka macht nach Angaben der EmK seit Anfang Januar einen sechsmonatigen Erneuerungs- und Weiterbildungsurlaub und wird dann eine neue Aufgabe erhalten. Die offizielle Amtsübergabe mit Gottesdienst war für den 16. Januar geplant gewesen, musste jedoch aufgrund der Corona-Krise verschoben werden. Die methodistische Bewegung geht auf die evangelistische Arbeit von John Wesley (1703–1791) und seinem Bruder Charles (1707–1788) in England zurück. Zur EmK in Tschechien gehören rund 1.800 Christen, die in 13 Gemeinden an 20 Orten Gottesdienst feiern. In Deutschland sind es rund 49.000 Kirchenglieder und Kirchenangehörige in rund 440 Gemeinden. Weltweit zählen sich zur Evangelisch-methodistischen Kirche etwa zwölf Millionen Menschen.

Lausitz: 500 neue Bibeln für wendische Christen Die bisher einzige Bibel in wendischer Sprache wurde 1868 gedruckt

Cottbus, 8.2.2021 [IDEA/selk]

Der „Verein zur Förderung der wendischen Sprache in der Kirche“ hat wendischen Christen 500 neue Bibeln in dieser westslawischen Sprache zur Verfügung gestellt. Sie wird heute noch vereinzelt in der Niederlausitz gesprochen und ist vom Aussterben bedroht. Das einzige Mal wurde die Bibel in wendischer Sprache zuvor 1868 gedruckt. Zuletzt gab es in der Gemeinde Dissen-Striesow (Brandenburg) nur noch fünf Exemplare der alten Ausgabe.

Deshalb habe man in den vergangenen Jahren Kopien der jeweiligen Bibeltexte im Gottesdienst verteilt, sagte Pfarrerin Katharina Köhler der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Ihr zufolge gibt es bereits seit 2017 eine wendische Bibel in digitaler Form. Diese sei nach mehr-

jähriger Forschungsarbeit durch das Sorbische Institut und den Verein zur Förderung der wendischen Sprache in der Kirche veröffentlicht worden. Der Vorsitzende dieses Vereins, Hartmut S. Leipner, sagte IDEA, dass die neugedruckte Bibel sprachlich nicht überarbeitet wurde, obwohl die wendische Sprache sich in den vergangenen 150 Jahren weiterentwickelt habe. Es sei jedoch „gegenwärtig schwer abschätzbar, ob genügend personelle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung stehen, um eine solche Neuauflage der wendischen Bibel zu bewältigen“. Deshalb erschien es dem Verein als guter „Zwischenschritt“, zunächst die alte Ausgabe wieder zugänglich zu machen. Den Großteil der Druckkosten haben Leipner zufolge das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und der Kirchensprengel Görlitz der

Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) übernommen.

Laut Köhler sollen die Bibeln nun an wendische Christen in der Region verteilt werden. Die meisten Sorben und Wenden leben in der Lausitz. Sie sind die letzten slawischen Volksgruppen in Deutschland. Sie sind eng miteinander verwandt, haben aber in der Nieder- und Oberlausitz ihre eigene Sprachvariante. Viele wendische Christen gehören dem Evangelischen Kirchenkreis Cottbus (Niederlausitz) an, der zur EKBO gehört. Laut Köhler

– sie hat in der Niederlausitz die Funktion einer leitenden wendischen Geistlichen – hat diese Volksgruppe in dieser Region kein eigenes Kirchengebäude. Sie seien Mitglieder der deutschsprachigen Ortsgemeinden. Jedoch biete die Arbeitsgruppe Wendischer Gottesdienst (kupka Serbska namša) in interessierten Gemeinden Gottesdienste in wendischer Sprache an, etwa zwölf pro Jahr mit jeweils etwa 70 Teilnehmern. Nach Angaben des Freistaates Sachsen leben dort und im Bundesland Brandenburg rund 60.000 Sorben.

Gemeinschaftsbund in der EmK gegründet Er soll Christen mit konservativer Frömmigkeit beheimaten

Braunfels, 15.2.2021 [IDEA/selk]

In der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in Deutschland hat sich ein Gemeinschaftsbund gebildet. Der Gemeinschaftsbund will jenen Gemeindemitgliedern eine Heimat bieten, die im Verständnis von Sexualität und Ehe sowie anderen Fragen der Bibelauslegung eine konservative Position vertreten. Vorausgegangen waren anderthalbjährige Beratungen eines Runden Tisches. Dabei ging es um unterschiedliche Sichtweisen in Fragen der Segnung gleichgeschlechtlicher Paare und der Ordination Homosexueller.

Im November 2020 beschloss der Kirchenvorstand der EmK ein Modell, das Befürwortern und Gegnern dieser Praxis die Möglichkeit einräumt, miteinander in der Kirche zu bleiben. Der Beschluss sah zum einen vor, einen Gemeinschaftsbund zu gründen. Darin sollten Christen und Gemeinden mit überwiegend konservativer Prägung in sexualethischen Fragen weiterhin innerhalb der EmK eine Heimat haben können. Das Gremium entschied ferner, einige Passagen der Lehre und Ordnung der EmK mit negativen Aussagen zur Homosexualität außer Kraft zu setzen. Damit will sich die EmK nach eigenen Angaben stärker für Menschen öffnen, die in gleichgeschlechtlichen Beziehungen leben, und auch ihnen in der Kirche eine Heimat bieten.

Leiter und Sprecher des neuen Bundes ist Superintendent Stefan Kraft. Zum dreiköpfigen Leitungsteam gehören ferner die Pastoren Steffen Klug und Andreas Kraft. Sie bilden zusammen mit neun weiteren Personen den Vorstand des Bundes. Andreas Kraft sagte, der neue Bund sei „kein Wunschkind“. Die Entscheidung, ein Gefäß anzubieten, in dem konservative Frömmigkeit gelebt werden könne, sei aber sinnvoll. Durch die Arbeit des Runden Tisches sei viel Vertrauen geschaffen worden. Es sei ein gutes Miteinander entstanden, aber es gebe auf beiden Seiten auch noch Vorbehalte. Jetzt gehe es darum, die nächsten Schritte zu

tun und dabei „in Christus zu vertrauen, dass er das Haus des Vaters baut“.

Superintendent Kraft bezeichnete den Gründungstag als einen Tag der Freude, um „eine Tür zu öffnen in eine starke Zukunft“. Es gehe nicht darum, „vor allem Recht zu haben oder eine Wagenburg der Rechtgläubigen zu bilden“. Kraft: „Wir wollen die Kraft des Wortes Gottes erleben, die Einzigartigkeit Jesu feiern und uns ausstrecken nach dem Heiligen Geist, seiner Fülle und seiner Liebe, seinem Wesen und seiner Leitung.“ Nach seinen Angaben ist ein Netzwerk mit 100 Hauskreisen geplant. In ihnen sollen sich die Christen verbinden, die die Anliegen des Bundes teilen. Vorgesehen sind ferner Regionaltage, Gebetsgruppen und die Gewinnung von Mitarbeitern sowie die Entwicklung einer Struktur, die die Arbeit des Bundes unterstützt. Wie Kraft auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA sagte, lässt sich nicht abschätzen, wie viele Christen in der EmK sich dem neuen Bund anschließen werden.

Der für Deutschland zuständige Bischof der EmK, Harald Rückert (Frankfurt am Main), erklärte in einem Grußwort zur Versammlung, die Gründung des Gemeinschaftsbundes habe „in weiten Teilen der Ökumene viel Aufmerksamkeit erregt“ und „viel Zuspruch“ ausgelöst. Viele seien „beeindruckt, dass wir so weit gekommen sind mit dem ernsthaften Versuch, beisammenbleiben um Christi willen trotz unterschiedlicher Grundüberzeugungen“. Dies sei auch in der weltweiten EmK aufmerksam registriert worden. In der Gesellschaft und auch in der Kirche würden zurzeit eher Spaltung, Abgrenzung und Trennung propagiert. Das geschehe leider auch in der weltweiten EmK. Rückert: „Wir gehen einen anderen Weg in Deutschland.“ Dieses „starke Zeugnis“ könne auch für die Gesellschaft bedeutsam sein. Die EmK hat nach eigenen Angaben rund 49.000 Kirchenglieder und -angehörige in Deutschland.

Steffen Kern wird neuer Gnadauer Präses

Der 47-jährige tritt die Nachfolge von Pfarrer Michael Diener an

Gunzenhausen, 20.2.2021 [IDEA/selk]

Pfarrer Steffen Kern wird neuer Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes (Vereinigung Landeskirchlicher Gemeinschaften). Die Mitgliederversammlung der pietistischen Dachorganisation wählte den 47-jährigen am 20. Februar zum Nachfolger von Pfarrer Michael Diener, der das Amt vom Herbst 2009 bis zum August 2020 innehatte. Kern, der einziger Kandidat war, erhielt 79 der 80 abgegebenen Stimmen bei einer Enthaltung. Er wird sein neues Amt zum 1. September antreten.

Der Theologe und Journalist amtiert seit 2008 als hauptamtlicher Vorsitzender des Evangelischen Gemeinschaftsverbandes Württemberg „Die Apis“ (früher: Altpietistischer Gemeinschaftsverband). Er ist Mitglied der EKD-Synode, der Kammer für öffentliche Verantwortung des Rates der EKD und der württembergischen Landessynode (2001–2013 und seit 2019). Ferner gehört er zum Hauptvorstand der Deutschen Evangelischen Allianz sowie zu den Vorständen der württembergischen Christusbewegung „Lebendige Gemeinde“, der Stiftung Christliche Medien und der Evangelisationsbewegung proChrist.

Kern sagte im Blick auf die EKD, „Gnadau“ werde seine Anliegen „akzentuiert und profiliert“ vertreten. Dazu gehöre „die Leidenschaft für Mission und Evangelisation“. Die Gemeinschaftsbewegung verweise auf die Mitte: Jesus Christus und die Bibel. Bei strittigen theologischen und ethischen Fragen werde man „biblisch Position beziehen“ und Meinungsunterschiede nicht zudecken. Zugleich gelte

es, einander zu achten und zu respektieren: „Wir bleiben im Ringen um den richtigen Weg beieinander.“ EKD und „Gnadau seien „keine abgeschlossenen Blöcke, die sich gegenüberstehen, sondern zwei Bereiche mit einer großen Breite, die sich überschneiden“. Wichtige Anliegen der Gemeinschaftsbewegung wie Frömmigkeit und Mission seien auch in den Zwölf Leitsätzen der EKD zur Zukunft einer aufgeschlossenen Kirche berücksichtigt.

Kern sagte, der Pietismus sei ein wesentlicher Teil der evangelischen Kirche: „Ich habe nicht den Eindruck, dass seine Bedeutung zurückgeht, sondern sie steigt eher.“ Angesichts des Mitglieder- und Relevanzverlustes der Kirche wachse das Bewusstsein, „dass wir einander brauchen“. Nach Kerns Worten sollte sich die Wertschätzung für den Pietismus auch darin niederschlagen, dass Repräsentanten aus seinen Reihen in kirchliche Leitungsämter gewählt werden. Auf Nachfrage aus der Mitgliederversammlung sagte Kern, er habe nicht die Absicht, sich als Kandidat für den Rat der EKD aufstellen zu lassen. Sein Vorgänger Michael Diener ist EKD-Ratsmitglied.

Der Evangelische Gnadauer Gemeinschaftsverband versteht sich als freies Werk innerhalb der evangelischen Kirche. Er ist nach eigenen Angaben mit etwa 90 Mitgliedsorganisationen, Verbänden und theologischen Ausbildungsstätten die größte eigenständige Bewegung in der EKD. Als Generalsekretär fungiert Frank Spatz.

Klosterregister und Klosterbuch

Länderübergreifendes Projekt in Norddeutschland

Kiel, 22.2.2021 [epd/selk]

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern unterstützt ein Projekt zur Erstellung eines Klosterregisters und Klosterbuches, in dem Klöster, Stifte, Konvente und weitere religiöse Institutionen im historischen Pommern vorgestellt werden. Das Projekt arbeitet länderübergreifend, da zum historischen Pommern auch Hinterpommern östlich der Oder gehörte, das heute in Polen liegt. Die Geschichte dieser Institutionen soll dabei von den Anfängen im 11. Jahrhundert bis zur Aufhebung der Klöster im Zuge der Reformation „nachgezeichnet und wissenschaftlich aufbereitet werden“.

Hierfür wird neben einer bereits bestehenden Dienst- und Arbeitsstelle in Kiel eine weitere im vorpommerschen Greifswald eingerichtet. Das Projekt ist auf sieben Jahre angelegt. Dabei kooperieren der Lehrstuhl für Regionalgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel, die Historische Kommission für Pommern, die Universität Greifswald (ehemals Ernst-Moritz-Arndt-Universität), das Staatsarchiv Stettin, das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern und weitere Partner aus dem Ostseeraum. Hierzu zählen Forschungseinrichtungen in Polen, Dänemark und Schweden.

Der Leiter des Projekts, Prof. Oliver Auge (Kiel), betonte: „Das Endprodukt wird verdeutlichen, wie stark und nachhaltig Pommern mit seinen Nachbarn entlang der Ostseeküste vernetzt war. Noch mehr wird die europäische Dimension der pommerschen Geschichte“ deutlich werden, wenn man „an die Beziehungen der Landesklös-

ter und ihrer Insassen bis nach Rom, Paris, Bologna und darüber hinaus denkt“. Mit dem Klosterbuch werde man auch den nachhaltigen Wissenstransfer in die Gesellschaft befördern, „zumal wir nicht nur an ein klassisches Buch denken, sondern auch an die weitreichende Vermittlung über neue Medien.“

KURZ UND BÜNDIG

■ Pastorin Maximiliane Kedaj (33) wird neue Geistliche Leiterin im Ökumenischen Forum HafenCity in Hamburg. Sie ist Pastorin im Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden und arbeitet in der Friedenskirche Varel. Das Ökumenische Forum wird von einem Verein getragen, dem 21 Hamburger Kirchen und Gemeinden angehören. In dem Gebäude befinden sich eine ökumenische Kapelle, ein Café und Begegnungsräume, außerdem die Kanzlei von Bischöfin Kirsten Fehrs, das Synodenbüro sowie 23 Wohnungen unterschiedlicher Größe. Mit seiner Präsenz dort will das Ökumenische Forum „ein zentraler Ort für Menschen, die zukunftsweisende Formen von Kirche erproben wollen“ sein.

■ Das Bundesfinanzministerium hat eine Sonderbriefmarke „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ herausgegeben. Sie hat einen Frankaturwert von 80 Cent und zeigt den hebräischen Schriftzug „Chai“, der für „Leben“ und „Lebensfreude“ steht. Im Jahr 321 wurde die jüdische Gemeinde in Köln in einem Dekret von Kaiser Konstantin erstmals schriftlich erwähnt. Es erlaubte Juden, die in der römischen Kolonie im Rheinland lebten, Ämter in der öffentlichen Verwaltung zu übernehmen und in den Stadtrat berufen zu werden.

■ Die freie Schriftstellerin Iris Wolff (Freiburg) bekommt für ihren Roman „Die Unschärfe der Welt“ den mit 5.000 Euro dotierten Evangelischen Buchpreis 2021. Das Buch erzählt vom Leben eines Pfarrers und seiner Familie während der kommunistischen Diktatur in Rumänien. Iris Wolff wurde 1977 im siebenbürgischen Hermannstadt/Sibiu geboren und wuchs im Banat und in Siebenbürgen auf. 1985 emigrierte die Familie nach Deutschland. Wolff studierte Germanistik, Religionswissenschaften und Grafik und Malerei in Marburg. Ihre Romane wurden mehrfach ausgezeichnet, für ihr Gesamtwerk erhielt sie 2019 den Marie-Luise Fleißer-Preis.

■ Die Polizei in Essen hat am 21. Januar einen Gottesdienst einer freikirchlichen Gemeinde aufgelöst. In einem Gebäude, das früher von der Neuapostolische Kirche Nordost als Kirche genutzt wurde, trafen die Beamten 88 Erwachsene und zehn Kinder an, die meisten von ihnen rumänische Staatsbürger. Keiner der Anwesenden habe einen Mund-Nasen-Schutz getragen und den erforderlichen Mindestabstand eingehalten. Außerdem sei keine Anwesenheitsliste zur Kontaktnachverfolgung geführt worden. Die Polizei in Essen hatte im Dezember 2020 bereits eine Feier der Freikirche „Church of Pentecost“ mit rund 80 überwiegend aus Ghana stammenden Personen aufgelöst, weil Corona-Schutzmaßnahmen nicht eingehalten wurden.

■ Der Bund Freier evangelischer Gemeinden (FeG) wird Vollmitglied in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland. Alle 17 Mitgliedskirchen der ACK stimmten einem entsprechenden Antrag zu. Der Bund nimmt seit den Anfängen der 1948 gegründeten ACK „als Gastmitglied regen Anteil an deren Arbeit“. Der Schritt spiegelt die „zunehmende Realität“ wider, dass es auf örtlicher und regionaler ACK-Ebene bereits eine Vollmitgliedschaft gibt. Zu dem Bund mit Sitz in Witten gehören 500 Gemeinden mit rund 43.000 Mitgliedern. Die ACK umfasst neben den 17 Mitgliedskirchen, zu denen auch die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche zählt, bisher acht Kirchen mit Gaststatus.

■ Am 31. Januar wurde ein Gottesdienst der „Agape Christliche Internationale Gemeinde“ in Freudenstadt, deren Mitglieder vielfach einen russlanddeutschen Hintergrund haben, von der Polizei aufgelöst. „Die Beamten trafen auf ca. 90 Gemeindeglieder, die ohne Einhaltung des Mindestabstands und ohne Masken den Gottesdienst feierten“ und gegen das Verbot des Gemeindegesangs verstießen. Anwesenheitslisten hätten nicht vorgezeigt werden können. Der Pastor der Gemeinde, Paul Rot-

fuss, dazu: „Wir haben einen Besuch bekommen von der Polizei. Da kamen Menschen rein, und die haben unseren Gottesdienst aufgelöst.“ Dennoch habe man „Gott weiter gelobt, Gott groß gemacht, gesungen, gebetet“. Er danke jedem Einzelnen aus der Gemeinde, der mutig gewesen sei und am Glauben „festgehalten“ habe.

■ Das Präsidium des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP/Erzhausen bei Darmstadt) hat Pastor Friedrich Holthuis (50) als Nachfolger des 63-jährigen Präses Johannes Justus nominiert. Holthuis ist seit 2010 Hauptpastor der „Credo Kirche“ (Wuppertal), einer Gemeinde mit fünf Standorten. Sie hat rund 800 Mitgliedern und 1.300 Gottesdienstbesucher. Seit 2012 gehört Holthuis zum BFP-Vorstand. Er gilt als Experte für Gemeindegründung. Der BFP ist die zweitgrößte Freikirche innerhalb der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) in Deutschland. Zum BFP gehören 62.872 Mitglieder in 836 Gemeinden. 325 davon (39 Prozent) sind Migrationsgemeinden.

■ Die Polizei hat am 24. Januar in Wagenfeld bei Diepholz eine Versammlung von rund 60 Personen in einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus aufgelöst. Die Besucher, darunter mehrere Kinder, hätten keine Masken getragen und die Abstände nicht eingehalten. Der 30-jährige Mieter habe angegeben, es handele sich um eine religiöse Feier der bulgarischen christlichen Gemeinde. Ein Hygienekonzept habe er nicht vorweisen können. Beteiligt waren auch vier Männer, die sich bereits am 17. Januar in demselben Haus entgegen der Corona-Verordnung getroffen hatten. Zwei von ihnen hatten damals die kontrollierenden Beamten angegriffen.

■ Die außerordentliche Kündigung eines Kochs in einer evangelischen Kindertagesstätte wegen Kirchenaustritts ist unwirksam. Der Mann war seit 1995 in einer Kindertagesstätte in kirchlicher Trägerschaft angestellt. Im Juni 2019 war er aus der württembergischen Landeskirche ausgetreten. Ihm wurde von der Gesamtkirchengemeinde Stuttgart deshalb gekündigt. Das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg schloss sich nun der Begründung des Arbeitsgerichts Stuttgart an. Die Loyalitätserwartung der Beklagten, dass der Kläger nicht aus der evangelischen Kirche austrete, stelle keine wesentliche und berechnete Anforderung an die persönliche Eignung des Kochs dar.

■ Auch unter den Bedingungen der Corona-Pandemie hält der Bestatter René Gerhard einen würdevollen Abschied von Verstorbenen für möglich. Seit dem Frühjahr 2020 habe sein Unternehmen Stück für Stück Wege gefunden und unter anderem mit Trauerfeiern unter freiem Himmel und Videoübertragungen gute Erfahrungen gemacht. Gerhards Partnerin Denise Kockegei sagte, Feiern außerhalb der Trauerhalle hätten „eine gewisse Leichtigkeit“. Damit werde es erleichtert, das Leben des Verstorbenen insgesamt in den Blick zu nehmen und nicht nur auf dessen Tod zu schauen.

■ In rund der Hälfte der protestantischen US-Gemeinden gibt es Vertreter von Verschwörungstheorien. Das hat eine Umfrage des evangelikalen Forschungsinstituts LifeWay Research (Nashville) unter rund 1.000 Geistlichen ergeben. Dabei bejahten weiße Pastoren (50 Prozent) die Frage deutlich häufiger als afroamerikanische (36 Prozent). Für den Geschäftsführer des Instituts, Scott McConnell, stellt das Ergebnis der Erhebung eine „erschreckende Diskrepanz“ dar. Schließlich hätten Kirchen den Anspruch, Orte der Wahrheit zu sein. Die Verschwörungstheorien seien besonders in politisch konservativen Kreisen weit verbreitet, was den höheren Prozentsatz in den Kirchen weißer protestantischer Pastoren erkläre.

■ Die kirchlich-gewerkschaftliche Allianz für den freien Sonntag hat mit Blick auf das historische Datum 3. März 321 nach Christus einen konsequenteren Schutz der Sonntagsruhe gefordert. Damals machte der römische Kaiser Konstantin den Sonntag per Edikt zum wöchentlichen Ruhetag. 1.700 Jahre freier Sonntag seien eine Verpflichtung, „künftigen Angriffen auf die Arbeitsruhe energisch entgegenzutreten“. Zur Erinnerung an das Sonntags-Edikt von Kaiser Konstantin lädt die Allianz am 3. März von 11 bis 13 Uhr zu der Online-Veranstaltung „1.700 Jahre freier Sonntag“ ein.

■ Der unter Experten so bezeichnete gelungenste Bau des Finnen Alvar Aalto (1898–1976), die Wolfsburger Heilig-Geist-Kirche, sucht einen Investor. Die Kirche und die zu ihr gehörenden Gebäude sollten einer Nachnutzung zugeführt werden, die Denkmalschutz und die bisherigen Nutzung würdigt. Es gibt einen Sanierungsstau, zu dessen Behebung eine mittlerer einstellige Millionensumme benötigt wird. Die Heilig-Geist-Kirche, das Gemeindezentrum und das Wohnhaus des Gemeindezentrums wurden 1961 bis 1962 gebaut, 1964 wurde der zugehörige Kindergarten eröffnet.

NACHRICHTEN AUS DER ÖKUMENE

Kardinal Koch kritisiert deutsche Ökumene-Erklärung Stellungnahme des signalisiere keine Gesprächsbereitschaft

Vatikanstadt, 26.1.2021 [KAP/selk]

Kurienkardinal Dr. Kurt Koch, Leiter des vatikanischen Ökumene-Rates, hat befremdet auf die jüngste Erklärung des Ökumenischen Arbeitskreises (ÖAK) in Deutschland reagiert. „Mich erstaunen der Duktus und der Ton der Stellungnahme“, sagte Koch gegenüber Kathpress in Rom. Über 20 Seiten lege der Arbeitskreis dar, dass die Anfragen der Glaubenskongregation vom September 2020 an ein Votum des ÖAK zur Abendmahlsgemeinschaft nicht berechtigt seien. Man frage sich daher, „wie ernst die am Schluss bekundete Bereitschaft der Autoren der Stellungnahme zu weiteren Gesprächen wirklich gemeint ist“, so Koch.

In dem am 24. Januar bekannt gewordenen Schreiben beharrt der Ökumenische Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen (ÖAK) darauf, dass Gläubige auf Basis einer Gewissensentscheidung künftig an den entsprechenden Feiern der jeweils anderen Konfessionen teilnehmen dürfen. Eine entsprechende Position hatte der Arbeitskreis bereits in einem 2019 veröffentlichten Papier mit dem Titel „Gemeinsam am Tisch des Herrn“ vertreten. Der Vatikan erteilte gegenseitigen Abendmahls-Einladungen von Katholiken und Protestanten vergangenen September dagegen eine Absage. Auch für eine individuelle Gewissensentscheidung gebe es noch keine Grundlage.

Koch sagte, die jüngste Stellungnahme wie schon das frühere Votum von 2019 verblieben „im rein akademischen Bereich“ und seien „nicht an die konkrete kirchliche Realität zurückgekoppelt“. In der Praxis zeige sich, dass vieles von dem, was der ÖAK als Konsens darstelle, nicht gegeben sei. „Dass diese Erdung zu einem großen Teil nicht geschehen ist, erstaunt umso mehr, als der ÖAK sich immer wieder auf den Primat der Praxis beruft, ihn aber weitgehend nicht einlöst“, sagte der päpstliche Ökumene-Beauftragte.

Weiter kritisierte der Kardinal den Zeitpunkt der Veröffentlichung des neuen ÖAK-Papiers. Dieses habe ursprünglich eine Antwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing, an die Glaubenskongregation vorbereiten sollen. Das vatikanische Schreiben vom Herbst, das der ÖAK nun auch theologisch bemängelt, war an Bätzing adressiert. Koch sagte, er wisse nicht, warum „die Stellungnahme der Leitenden des ÖAK“ vor der Vollversammlung der Bischofskonferenz veröffentlicht worden sei. Die Stellungnahme war zuerst von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ publiziert worden.

Abendmahl: Offener Brief von Vatikan-„Ökumeneminister“ Kurienkardinal Koch reagiert auf Kritik protestantischer Theologen

Bonn/Rom, 9.2.2021 [KAP/KNA/selk]

In der Debatte um die vatikanische Kritik an dem Votum deutscher Theologen zur wechselseitigen Einladung, an der Eucharistie- oder Abendmahlsfeier teilzunehmen, hat sich nun der vatikanische „Ökumene-Minister“ Kardinal Dr. Kurt Koch in einem Offenen Brief zu Wort gemeldet. Der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen reagiert damit auf Kritik des evangelischen Theologen Dr. Volker Leppin Anfang Februar in einem Interview des Portals katholisch.de und dessen Wunsch nach einer „inhaltlichen Reaktion“.

Er habe zunächst nur eine kurze Reaktion veröffentlicht, weil er über den Zeitpunkt der Veröffentlichung der Stellungnahme des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen (ÖAK) „erstaunt“ gewesen sei, schreibt Kardinal Koch in dem Brief, den das römisch-katholische Portal katholisch.de am 9. Februar veröffentlicht hatte. Leppin ist von evangelischer Seite wissenschaftlicher ÖAK-Leiter. „Denn meines Wissens wurde diese Stellungnahme von Bischof Georg Bätzing, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, erbeten, um seine Antwort an die Kongregation für die Glaubenslehre

vorzubereiten“, so Koch. Dann sei die Stellungnahme vor der Vollversammlung der Bischofskonferenz veröffentlicht worden. Die Kürze seiner Reaktion habe nichts mit „Gesprächsverweigerung“ oder einer „schroffen Abweisung“ zu tun, wie ihm Leppin vorgeworfen habe.

Der ÖAK hatte 2019 ein Votum für eine wechselseitige Teilnahme an der Eucharistie- oder Abendmahlsfeier der jeweils anderen Konfession auf Basis einer Gewissensentscheidung veröffentlicht. Die vatikanische Glaubenskongregation hatte dem im vergangenen September eine Absage erteilt. Für eine individuelle Gewissensentscheidung gebe es noch keine Grundlage, betonte sie. Der ÖAK erläuterte in einem neuen Papier seine Position, woraufhin Koch einen mangelnden Praxisbezug des Schreibens kritisierte und die Gesprächsbereitschaft der deutschen Theologen infrage stellte.

Im Interview von katholisch.de bestritt Leppin diesen Vorwurf und warf dem Vatikan seinerseits vor, nicht inhaltlich auf die vorgebrachten Argumente einzugehen. Leppin betonte, der ÖAK reagiere „nicht zuletzt auf eine Not“, die in den evangelischen und römisch-katholischen Gemeinden dauerhaft gegenwärtig sei. „Und wer der Meinung ist, dass die Reaktion auf eine Not nichts mit Erdung in der Realität zu tun hat, den muss ich fragen, von welcher Realität er eigentlich spricht.“

Koch: „Gravierende Diskrepanz“

In seinem Offenen Brief schreibt Koch nun, das „Büro des Einheitsrates“ bilde „sich nicht ein, die Situation in Ge-

meinden in Deutschland besser zu kennen als der ÖAK. Vielmehr ziele er auf ein Problem, das Leppin selber benannt habe: Die Protestanten müssten darauf achten, dass etwa die Leitung der Abendmahlsfeier durch ordinierte Personen gesichert sei.

In der Stellungnahme des ÖAK gebe es eine „gravierende Diskrepanz“ zwischen dem „behaupteten ökumenischen Konsens und der konkreten Realität in den Evangelischen Kirchen“. Dies habe er als mangelnde Erdung bezeichnet. Koch verwies darauf, dass etwa in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Notsituationen „jedes Kirchenmitglied“ das Abendmahl reichen könne. Auch seien dort in regulären Gottesdiensten Nichtgetaufte eingeladen, das Abendmahl zu empfangen. Auch in anderen offiziellen evangelischen Texten gebe es Widersprüche zu dem vom ÖAK behaupteten Konsens.

Zugleich bedankt Koch sich, dass „ein Ökumenischer Arbeitskreis viel Energie und Herzblut in die Überwindung der bisherigen kirchentrennenden Fragen investiert“. Dies könne aber nur „realistisch und verantwortlich“ geschehen, wenn die Arbeit mit der „konkreten Realität in den Kirchen“ konfrontiert werde. Aus katholischer Sicht müssten offene und nicht gelöste Fragen vorher benannt und aufgearbeitet werden. Anders als zwischen bekenntnisverschiedenen evangelischen Kirchen, für die „ein Grundverständnis im Evangelium hinreichend ist, um Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft“ zu begründen, ist, so Koch, Eucharistiegemeinschaft in katholischer Sicht nur möglich sei, wenn der gemeinsame eucharistische Glaube bekannt werden kann.

Weltkirchenrat: Holocaust heute noch allgegenwärtige Bedrohung ÖRK-Generalsekretär vor „Wiederaufleben von Antisemitismus“

Genf, 27.1.2021 [KAP/selk]

„Der Holocaust ist alles andere ein Ereignis, das in zunehmend ferne Vergangenheit rückt; vielmehr ist er immer noch eine stets präsente und allgegenwärtige Bedrohung.“ Das hat der Generalsekretär des Weltkirchenrates (ÖRK), der orthodoxe Priester und Theologe Prof. Ioan Sauca, in einer Fernsehsendung betont. Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages am 27. Januar rief Sauca dazu auf innezuhalten und der sechs Millionen jüdischen Opfer und der vielen Millionen anderen Opfer des Naziregimes im Zweiten Weltkrieg zu gedenken.

Der ÖRK-Generalsekretär hielt fest, dass der Gedenktag

auch eine Heil bringende wiederholte Erinnerung daran sei, „dass der Weg von der Angst vor dem Anderen und dem Hass gegen den Anderen über die Aberkennung der Menschenwürde und der grundlegenden Rechte, die allen Menschen gleichermaßen zustehen, hin zum Völkermord führt“. Das betreffe nicht nur die Opfer des Holocausts, so Sauca unter Verweis auf das armenische Volk, das ruandische Volk und andere, die einen Genozid erlebt haben.

Am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, wird weltweit der Opfer des Nationalsozialismus gedacht.

Bund Freier evangelischer Gemeinden wird ACK-Vollmitglied Die Freikirche hat bisher einen Gaststatus

Witten, 4.2.2021 [IDEA/selk]

Der Bund Freier evangelischer Gemeinden (FeG) wird Vollmitglied in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland. Alle 17 Mitgliedskirchen der ACK haben einem entsprechenden Antrag zugestimmt. Das teilte die Freikirche in ihrem Informationsbrief „FEG INFO“ mit. Die formale Aufnahme werde am 24. oder 25. März per Online-Mitgliederversammlung erfolgen. Der Bund nimmt nach eigenen Angaben seit den Anfängen der 1948 gegründeten ACK „als Gastmitglied regen Anteil an deren Arbeit“. Der FeG-Bundestag (Synode) hatte 2019 beschlossen, die Vollmitgliedschaft in der ACK zu beantragen. Die FeG-Bundesleitung begründete den Antrag unter

anderem damit, dass der Bund eine der größeren Freikirchen in Deutschland sei und ein Gaststatus auf Dauer fraglich erscheine. Außerdem spiegele ein solcher Schritt die „zunehmende Realität“ wider, dass es auf örtlicher und regionaler ACK-Ebene bereits eine Vollmitgliedschaft gebe. Zu dem Bund mit Sitz in Witten gehören 500 Gemeinden mit rund 43.000 Mitgliedern. Präses ist Ansgar Hörsting. Die ACK umfasst neben den 17 Mitgliedskirchen bisher acht Kirchen mit Gaststatus. Die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche (SELK) ist Vollmitglied der ACK, ihr Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. (Hannover), ist stellvertretendes Vorstandsmitglied.

Ökumenische Initiative fordert mehr Anstand im Internet EKD-Kulturbüro und Katholische Akademie stellen dafür „11 Gebote“ auf

Berlin, 10.2.2021 [IDEA selk]

Die ökumenische Initiative „@anstanddigital“ hat „11 Gebote für Haltung und Respekt im Netz“ aufgestellt. Sie sollen „Leitplanken für ein menschliches Miteinander und eine demokratische Streitkultur im digitalen Raum“ sein, sagte die Staatsministerin für Kultur und Medien, Prof. h.c. Monika Grütters (CDU), bei der Vorstellung am 9. Februar in der Katholischen Akademie in Berlin. Die „Gebote“ und ergänzende Kommentare wurden auf der Internetseite anstanddigital.de veröffentlicht. Darin ruft die Initiative unter anderem dazu auf, in Internetdis-

kussionen übertriebene Empörung zu vermeiden, keine vorschnellen moralischen Urteile zu fällen und sachliche Argumente in den Vordergrund zu stellen. Die Nutzer sollten außerdem anderen Diskussionsteilnehmern mit Respekt begegnen und fragwürdige Inhalte nicht ungeprüft teilen. Weiter empfiehlt die Initiative, sich mit Reaktionen im Internet Zeit zu lassen, „Widerspruch zu schätzen“ und Schamgrenzen nicht zu überschreiten. #anstanddigital ist ein Projekt der Katholischen Akademie in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro der EKD.

Kirchen widmen „Woche für das Leben“ dem Thema Sterben SELK-Bischof gegen „Recht auf selbstbestimmtes Sterben“

Bonn/Hannover, 1.2.2021 [epd/selk]

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und der Debatte um eine mögliche Neuregelung der Suizidassistenten wollen die beiden großen Kirchen ihre traditionelle „Woche für das Leben“ dem Thema Sterben widmen. Wie die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) am 28. Januar mitteilten, wird es um die Sorge um Schwerkranke und sterbende Menschen durch palliative und seelsorgerliche Begleitung

gehen. „Während der Corona-Pandemie ist diese Fürsorge aufgrund verstärkter Hygienemaßnahmen und Kontaktbeschränkungen umso herausfordernder“, erklärten die Kirchen. Die Aktion findet vom 17. bis 24. April statt.

„Wir wollen noch konsequenter als bisher einen bedarfsgerechten Ausbau der palliativen und hospizlichen Begleitung sowie eine umfassende Kultur des Lebens in

unserer Gesellschaft fördern“, schreiben der DBK-Vorsitzende Dr. Georg Bätzing und der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm im Vorwort zum diesjährigen Themenheft.

Diskussion in den Kirchen: SELK-Bischof bestreitet „Recht auf selbstbestimmtes Sterben“

Die Kirchen trügen eine gemeinsame Verantwortung zusammen mit anderen Akteuren der Hospiz- und Palliativversorgung, die davon überzeugt seien, dass Menschenwürde mit dem Schutz des Lebens einhergehe, heißt es in der Mitteilung weiter. Dabei verwiesen sie auf die Diskussion über eine mögliche Neuregelung der Suizidassistentz.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im vergangenen Jahr das Verbot der organisierten – sogenannten geschäftsmäßigen – Hilfe bei der Selbsttötung gekippt. Seitdem wird diskutiert, ob es neuer gesetzlicher Regelungen bedarf. Beide Kirchen hatten das Urteil bedauert. In der evange-

lischen Kirche wird die Möglichkeit der Suizidassistentz, bei dem einem Sterbewilligen beispielsweise tödlich wirkende Medikamente überlassen werden, inzwischen kontrovers diskutiert. Einige prominente Vertreter, darunter Diakonie-Präsident Ulrich Lilie, plädieren dafür, diese Form der Sterbehilfe nicht komplett auszuschließen.

Der Bischof der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), Hans-Jörg Voigt D.D., hatte sich am 27. Februar 2020 mit seiner Stellungnahme „Es gibt kein Recht auf selbstbestimmtes Sterben – Sterben und Geborenwerden stehen nicht in menschlicher Hand – um der Würde des Menschen willen“ (https://www.selk.de/download/Stellungnahme-Bischof-Voigt_27-02-2020.pdf) klar abgegrenzt.

Die Woche für das Leben findet in diesem Jahr zum 26. Mal statt. Die Aktion will für die Würde des menschlichen Lebens sensibilisieren.

Papst pocht auf Religionsfreiheit trotz Corona-Maßnahmen Religionsfreiheit müsse geschützt und verteidigt werden

Vatikanstadt, 8.2.2021 [KAP/selk]

Papst Franziskus hat sich gegen unangemessene Beschränkungen der Religionsfreiheit im Zuge der Pandemiebekämpfung gewandt. Die Freiheit der Religionsausübung sei „kein Zusatz zur Versammlungsfreiheit“, sondern rühre wesentlich vom Recht auf Religionsfreiheit her; diese sei „das erste und grundlegende Menschenrecht“, sagte er vor den beim Vatikan akkreditierten Botschaftern bei deren Jahresempfang. Religionsfreiheit müsse „wie die Gesundheit und die körperliche Unversehrtheit von den zivilen Behörden geachtet, geschützt und verteidigt werden“, so der Papst.

Bei allem Bestreben, Menschenleben vor der Ausbreitung des Virus zu schützen, dürfe man „die spirituelle und moralische Dimension des Menschen gegenüber der körperlichen Gesundheit nicht für zweitrangig halten“, betonte der Papst. Religion stelle einen grundlegenden Aspekt der menschlichen Person und der Gesellschaft dar. Dies dürfe nicht abgewertet werden, auch wenn Maßnahmen gegen das Coronavirus Gottesdienste sowie die Bildungs- und Wohltätigkeitsarbeit der Religionsgemeinschaften einschränkten.

Vatikanstaat droht Impfverweigerern mit Sanktionen Mitarbeiter müssen mit Aufhebung des Arbeitsvertrags rechnen

Vatikanstadt, 18.2.2021 [KAP/selk]

Der Vatikan droht Corona-Impfverweigerern unter seinen Beschäftigten mit Sanktionen bis hin zur Kündigung. Nach einem aktuellen Erlass der Leitung des Vatikanstaates müssen Angestellte, die sich ohne nachgewiesenen medizinischen Grund nicht einer Impfung gegen Covid-19 un-

terziehen wollen, mit abgestuften Sanktionen bis hin zur Aufhebung des Arbeitsvertrags rechnen. Das betreffende Dekret des Präsidenten des vatikanischen Governatorats, Kardinal Giuseppe Bertello, trägt das Datum 8. Februar und wurde im Internet veröffentlicht.

Die Vorschrift verweist darauf, dass die Verweigerung einer Impfung eine Gefahr für andere darstellen und „die Risiken für die öffentliche Gesundheit ernsthaft erhöhen könnte“. Daher könne die Verwaltung eine Impfung zum Schutz von Bewohnern und Beschäftigten für geboten halten. Mitarbeitern, die ausweislich eines ärztlichen Attestes nicht geimpft werden dürfen, kann eine andere und gegebenenfalls auch niedrigere Aufgabe zugewiesen werden.

In einer Mitteilung erläuterte der Vatikan den neuen Erlass: Es handele sich um einen dringend notwendigen Schritt zum Schutz der eigenen Bürger und Angestellten. Keinesfalls seien die Vorgaben als „Repression gegen Arbeitnehmer“ gedacht, betont das Governatorat.

Der Vatikan hatte Mitte Januar mit seinem Corona-Impfprogramm begonnen. Zu den ersten Geimpften gehörten

der 84-jährige Papst Franziskus und sein 93-jähriger Vorgänger Benedikt XVI. Vor Weihnachten hatte der Vatikan eine Bedarfsabfrage für das Impfkontingent unter den Angestellten durchgeführt. Diese mussten einzeln erklären, ob sie eine Corona-Impfung wünschten oder nicht. Damals hieß es jedoch noch, wer auf die angebotene Immunisierung verzichte, müsse keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen befürchten.

Ende Dezember hatte der Vatikanstaat 10.000 Dosen des Corona-Impfstoffs von dem Mainzer Pharma-Unternehmen Biontech und seinem US-Partner Pfizer bestellt. Das Kontingent reicht aus, um die rund 4.500 Mitarbeiter des Heiligen Stuhls und des Vatikanstaates vor dem Coronavirus zu schützen. Daneben haben auch mitversicherte Familienangehörige und Pensionäre Anspruch auf die zweifache Immunisierung.

Corona: Künftig nur noch „Gottesdienst auf eigene Gefahr?“ Theologe: Corona wird Friedensgruß und Kommunion verändern

Köln, 8.2.2021 [katholisch.de/selk]

Nach Ansicht des Wiener Liturgiewissenschaftlers Dr. Hans-Jürgen Feulner werden die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie den Umgang mit rituellen Handlungen wie dem Friedensgruß dauerhaft verändern. „Es wird sicherlich nicht mehr ganz so sein wie vorher“, sagte Feulner dem Kölner Internetportal „domradio.de“. Das Hygieneverständnis habe sich auch bei Gottesdienstbesuchern sehr stark verändert. „Man wird die Gläubigen vielleicht gerade in der Grippezeit darauf aufmerksam machen, sich beim Friedensgruß andere Zeichen der Verbundenheit zu geben“, so der Theologe.

Ein „heikler Punkt“ sei auch die Kommunionausteilung. Bei der Mundkommunion sei „ein gewisses Gefahrenpotenzial da, das man nicht unterschätzen kann“, unterstreicht der Theologe. Der Spender könnte beispielsweise zwischendurch seine Finger in hochprozentigen Alkohol eintauchen, schlägt Feulner vor. Bei der Kelchkommunion aus dem gemeinsamen Kelch werde es hingegen nicht so einfach sein: „Beim Eintauchen der Hostie hat man die Gefahr, dass das nur der Priester machen darf und dann die eingetauchte Hostie ja auch wieder in den Mund des

Kommunikanten geben muss.“ Daraus ergebe sich „ein doppeltes Problem“.

Weihwasser reinigen

Auch beim Thema Weihwasser sollte man nach der Corona-Pandemie genauer hinschauen, fordert Feulner. „Gerade im Sommer tummelt sich dort alles Mögliche an Bakterien und anderem.“ Abhilfe könnte man schaffen, indem man das Weihwasser ein- oder zweimal die Woche reinigt. „Vielleicht ist auch eine erhöhte Zugabe von Salz möglich“, so der Liturgiewissenschaftler. Immer mehr kämen auch Weihwasser-Spender auf, die mit einem automatischen Sensor funktionieren.

Feulner ist Mitherausgeber eines kürzlich erschienenen Sammelbands mit internationalen Beiträgen, der sich mit der Feier der Liturgie in der Zeit der Corona-Pandemie befasst. Unter dem Titel „Gottesdienst auf eigene Gefahr?“ stellt das Buch verschiedene Hygienekonzepte vor, die in den Diözesen und Bischofskonferenzen entwickelt worden sind.

Kirchenjuristin: Beichtgeheimnis bei Missbrauch genauer klären Gesetzgebungsinitiativen zur Aufweichung des Beichtgeheimnisses

Vatikanstadt, 18.2.2021 [KAP selk]

Die Päpstliche Kinderschutzkommission befasst sich aktuell unter anderem mit der Rolle des Beichtgeheimnisses im Kampf gegen Missbrauch. Wie die Kirchenrechtlerin Prof. Dr. Myriam Wijlens dem Portal „Vatican News“ sagte, erörterte eine Arbeitsgruppe in ihrer jüngsten Sitzung die Frage, was genau unter das Beichtgeheimnis fällt und was nicht. Anlass sind staatliche Gesetzgebungsinitiativen, die Seelsorger verpflichten, diese Schweigepflicht zu brechen, wenn sie von Missbrauch erfahren.

Zwar habe auch die interdisziplinär besetzte Kinderschutzkommission die Unantastbarkeit des Beichtgeheimnisses bekräftigt. Dennoch stellten sich Fragen: „Wann ist ein Gespräch zwischen einem Priester und einer Person eine Beichte und nicht nur etwa eine Angelegenheit geistlicher Führung?“, so Wijlens, die an der deutschen Universität Erfurt lehrt und der Kinderschutzkommission seit zwei Jahren angehört. Diskussionsbedarf gebe es auch

bei „Sünden, die von einem Dritten begangen, aber von jemand anderem berichtet wurden“. Und „welche Möglichkeiten haben Beichtväter, Opfern und Tätern zu helfen, Hilfe zu finden und dabei das Beichtgeheimnis zu respektieren?“

Nach vielen Gesprächen mit unterschiedlichsten Organisationen und Institutionen sucht die Päpstliche Kinderschutzkommission laut Wijlens nach Möglichkeiten, eine bessere „Balance zwischen Vertraulichkeit, Transparenz und Rechenschaftspflicht“ zu finden. Bei einem Seminar sei es um ein angemessenes Gleichgewicht dieser drei Aspekte gegangen. Dies betreffe sowohl Opfer/Überlebende und ihre Angehörigen, aber auch die Beschuldigten sowie die konkrete Gemeinschaft, in der der Missbrauch stattgefunden hat, wie auch das weitere kirchliche und gesellschaftliche Umfeld.

Abtreibung: Afrikanischer Erzbischof kritisiert Biden Mit US-Geldern Abtreibungen in armen Ländern finanzieren

Abuja, 8.2.2021 [IDEA/selk]

Der Erzbischof von Abuja (Nigeria), Ignatius Kaigama, hat scharfe Kritik an US-Präsident Joe Biden geübt, weil dieser die sogenannte „Mexiko-City-Politik“ seines Vorgängers Donald Trump per Dekret aufgehoben hat. Laut der Vorschrift durften von der US-Regierung subventionierte Gesundheitsorganisationen nicht über Schwangerschaftsabbrüche informieren und auch keine Abtreibungen vermitteln. Wie Kaigama in einem Interview mit der römisch-katholischen Internetzeitung „CruX“ sagte, wird US-Steuergeld jetzt wieder dazu verwendet, um Abtreibungen in Entwicklungsländern zu finanzieren. Der Erzbischof

nannte es erstaunlich, dass der neue US-Präsident in einer seiner ersten offiziellen Handlungen die Zerstörung menschlichen Lebens im eigenen Land und in Entwicklungsländern voranzutreiben. Bidens Anordnung verletze die Würde des Menschen. Abtreibung sei ein „abscheuliches Verbrechen“. Dabei handele es sich um einen direkten Angriff auf das Leben, der auch die Frau verletze und Familien zerstöre. Vor allem sei Abtreibung aber eine Beleidigung Gottes. Kaigama ist seit November 2019 Erzbischof von Abuja. Von 2012 bis 2018 war er Vorsitzender der Nigerianischen Bischofskonferenz.

Indien: Christen protestieren gegen verpflichtendes Hindu-Ritual Schüler werden zur Huldigung einer Hindu-Gottheit verpflichtet

Neu-Delhi, 17.2.2021 [KAP/selk]

Proteste unter indischen Menschenrechtlern und Christen hat eine behördliche Anordnung ausgelöst, die Schulen unterschiedslos zur Abhaltung eines Hindu-Rituals verpflichtet. Schüler aller Klassen und Schulen in einer Re-

gion im westindischen Bundesstaat Gujarat müssen laut einer Bestimmung das „Vasant Panchami“-Fest feiern und dabei der hinduistische Göttin Saraswati huldigen, berichtete der römische Pressedienst „Fides“. Die Anord-

nung gelte auch für Lehrer und Schüler mit nicht-hinduistischer Religion sowie private Schulen. Bis 17. Februar sollten die Schulen laut „Fides“ Berichte mit Text und Bild über die vollzogene Feiern verfassen.

Widerstand dagegen hat das in Menschen- und Bürgerrechtsfragen aktive „United Christian Forum“ geäußert.

Die Regierung solle die Bestimmung zurückziehen. Das Vorgehen untergrabe ernsthaft „die Religionsfreiheit und die Freiheit, Bildungseinrichtungen zu verwalten, die durch die indische Verfassung geschützt und für alle religiösen Minderheiten garantiert sind“, hieß es. Man bete für ein Gedeihen Indiens – sowie auch dafür, dass das „säkulare Gefüge“ des Staates intakt bleibe.

Papst würdigt Opfer des „Islamischen Staats“ als Märtyrer Franziskus äußert sich zu den für vor sechs Jahren ermordeten koptischen Christen

Vatikanstadt, 16.2.2021 [KAP/selk]

Papst Franziskus hat an koptische Christen erinnert, die vor sechs Jahren von Terrormilizen des „Islamischen Staats“ (IS) ermordet wurden, und sie als „Heilige aller Christen“ bezeichnet. In einem Videobeitrag für eine Gedenkveranstaltung würdigte er die Getöteten als Familienväter, die angesichts der Brutalität der Islamisten noch im Tod den Namen Jesu bekannt hätten. Die 21 Opfer, fast alle ägyptische Bauarbeiter in Libyen, waren von IS-Milizen entführt und nahe der Stadt Sirte enthauptet worden. Der IS verbreitete am 15. Februar 2015 ein Video des Massakers.

Franziskus sprach von einer „Bluttaufe“. Er danke Gott für „diese mutigen Brüder“; ebenso danke er der koptischen Kirche und den Müttern, die diese Männer im Glauben

genährt hätten. Den koptischen Patriarchen Tawadros II., der an der virtuellen Veranstaltung teilnahm, nannte er einen geliebten Bruder und Freund. Franziskus sagte, er vereine sich im Gedenken an die Ermordeten „mit dem heiligen Volk Gottes, das in seiner Einfachheit, mit seiner Konsequenz und seinen Inkonsequenzen, Gnaden und Sünden das Bekenntnis zu Jesus Christus weiterträgt“.

Organisiert wurde die Gedenkfeier am Jahrestag der Ermordung von der koptisch-orthodoxen Diözese London. Neben dem Kirchenoberhaupt Tawadros II. beteiligten sich daran der Erzbischof von Canterbury und Primas der Anglikaner Dr. Justin Welby sowie der päpstliche Ökumenebeauftragte Kardinal Dr. Kurt Koch und weitere Kirchenvertreter.

Koptische Patriarchen auf ägyptischen Münzen Kopten-Papst Tawadros II. und seine Vorgänger sind abgebildet

Kairo, 16.2.2021 [KAP/KNA/selk]

Ägypten widmet den drei zuletzt amtierenden koptisch-orthodoxen Patriarchen eine Serie von Gedenkmünzen. Dies sei Teil der Bemühungen, politisch, wirtschaftlich und religiös bedeutender Persönlichkeiten in der Geschichte des Landes zu gedenken, erklärte der Kurator der staatlichen Münzanstalt, Salah al-Bascha, laut Bericht des koptischen Nachrichtenportals „Watani“.

Die in Zusammenarbeit mit dem koptisch-orthodoxen Papstszitz und dem Institut für koptische Studien entstandene Sammlung zeigt demnach das aktuelle Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche und 118. Nachfolger auf dem Thron des Apostels Markus, Papst Tawadros II., sowie seine beiden Vorgänger Papst Schenuda III. (1923-2012) und Papst Kyrillos VI. (1902-1971). Anlass ist der 50. Todestag von Kyrillos VI. sowie das

Goldenes Krönungsjubiläum von Schenuda III.

Die Münzen zeigen jeweils die Gesichter der Patriarchen in Hochrelief mit ihrem Namen und einem bekannten Zitat. Die Rückseite der Kyrillos-Münze zeigt die unter ihm erbaute Markus-Kathedrale in Kairo, die Schenuda-Münze den päpstlichen Hauptsitz in Kairo. Die Tawadros-Münze zeigt ein Relief der 2019 eingeweihten und der Geburt Christi geweihten Kathedrale in Ägyptens neuer Verwaltungshauptstadt bei Kairo.

Die Kopten sind die größte christliche Gemeinschaft in Ägypten. Angaben über Mitgliederzahlen schwanken zwischen 8 und 11 Millionen unter den rund 98 Millionen Einwohnern Ägyptens. Etwa eine weitere halbe Million Kopten lebt in anderen Ländern.

Irak: Regierung gibt gestohlenen Grundbesitz an Christen zurück Es soll der Auftakt einer größeren Rückgabekampagne sein

Bagdad, 9.2.2021 [IDEA/selk]

Im Irak hat die dortige Regierung 38 unrechtmäßig enteignete Grundbesitztümer an Christen und Angehörige der religiösen Minderheit der Mandäer zurückgegeben. Wie der vatikanische Nachrichtendienst Fides berichtet, ist der Schritt Teil einer Kampagne des schiitischen Politikers Muqtada al Sadr zum Schutz religiöser Minderheiten. Anfang des Jahres hatte er die Bildung eines Untersuchungsausschusses angestoßen, der Fälle illegaler Enteignung von Christen und Angehörigen anderer religiöser Minderheiten prüft. Auch irakische Christen, die aus dem Land geflohen seien, dürften Anträge auf Rückgabe stellen. Die dafür angesetzte Frist läuft noch bis zum Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan (12. Mai). Der ehemalige irakische Sicherheits- und Verteidigungskommissar und Parteifreund von al Sadr, Hakim al Zamili, hatte laut Fides am 3. Februar den Beginn der Rückgabeaktion angekün-

dig. Dabei geht es vor allem um den Besitz, den Christen und Angehörige anderer religiöser Minderheiten seit dem militärischen Sturz Saddam Husseins 2003 und den Eroberungen der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) durch Flucht und Vertreibung verloren hatten. Lokale Milizen und Banden sowie einflussreiche Clans hatten den Grundbesitz in der Annahme an sich genommen, dass die ehemaligen Eigentümer nicht wiederkehren würden. Korrupte Beamten hatten dieses Vorgehen teilweise geduldet oder gar vertuscht. Schätzungen zufolge soll es vor 2003 etwa 1,5 Millionen Christen im Irak gegeben haben. Derzeit sollen es laut dem Hilfswerk Open Doors etwa 175.000 sein. Mandäer berufen sich auf Johannes den Täufer als ihren letzten Propheten. 2003 lebten im Irak rund 70.000 Mandäer. Jetzt sollen es noch etwa 5.000 sein.

Antiochenisch-orthodoxes Kloster im deutschsprachigen Raum Erstes Kloster soll in Blankenheim entstehen

Berlin, 10.2.2021 [KAP/selk]

Die griechisch-orthodoxe Kirche des Patriarchats von Antiochien errichtet in Deutschland ihr erstes Kloster. Wie die Kirchenleitung der Metropole von Deutschland und Mitteleuropa mitteilte, ist dafür ein ehemaliges römisch-katholisches Kloster im kleinen Ort Blankenheim in der Eifel vorgesehen. Das Gebäude diente zuletzt als Pflegeheim, steht aktuell leer und soll in ein orthodoxes Kloster umgebaut werden.

Das erste Ziel ist jetzt nach Angaben der Kirchenleitung, „das Kloster wieder in seinen ursprünglichen Zustand zu bringen und mit einem Aktivitätszentrum zu verbinden“. Mit den vielen Zimmern, die zur Verfügung stünden, und den großen Tagungsräumen könnten dort auch die Gemeinden einkehren. Eine kleine Kapelle im Kloster warte darauf, „mit unseren orthodoxen Ikonen geschmückt zu werden“. Noch befinde man sich allerdings erst am Anfang des Weges.

Das Patriarchat von Antiochien gehört zu den großen orthodoxen Patriarchaten (neben Konstantinopel, Alexandria und Jerusalem). In Antiochien (heute Antakiya in der Südosttürkei) wurden die Bekenner Jesu erstmals als „Christen“ bezeichnet. Die Gläubigen feiern die byzantinische Liturgie (meist) in arabischer Sprache. In Österreich und Deutschland mischen sich inzwischen auch einige deutsche Elemente hinzu.

Das Patriarchat von Antiochien und ist vor allem in Syrien und im Libanon präsent. Es gibt aber auch Diaspora-Diözesen in den USA, in Lateinamerika und in Westeuropa. Der Sitz des Patriarchen ist Damaskus. Zur antiochenisch-orthodoxen Metropole von Deutschland und Mitteleuropa gehören rund 30 Gemeinden. Die Mehrzahl in Deutschland, jeweils zwei gibt es in den Niederlanden und in Österreich. Zuständiger Bischof ist Metropolit Isaak (Barakat). Er hat seinen Sitz in Berlin. Die Angaben zu den Zahlen der Gläubigen weltweit, die dem Patriarchat zuzurechnen sind, reichen von 750.000 bis drei Millionen.

KURZ UND BÜNDIG

■ Der neue Bischof von Chur, Dr. Joseph Maria Bonnemain, verzichtet auf ein eigenes Bischofswappen. Das Kreuzzeichen Jesu reiche ihm aus, zitierte das Schweizer Portal kath.ch den römisch-katholischen Geistlichen. „Das Kreuz ist das Zeichen der liebenden Hingabe Christi für die Welt. Deswegen: Erwarten Sie nicht von mir, dass ich ein Bischofswappen entwerfe und benütze, was üblicherweise der Fall ist“, so der 72-Jährige. „Mir reicht das Kreuzzeichen Christi. Und dieses, nur dieses, werde ich benutzen.“

Römisch-katholische Bischöfe wählen sich traditionell ein persönliches Wappen, über dem ein grüner Hut mit zwölf Quasten an einer Kordel, bei Erzbischöfen mit 20 Quasten abgebildet ist. Kardinäle tragen einen roten Hut mit 30 Quasten im Wappen.

■ Der Schweizerische Rat der Religionen (vergleichbar mit der deutschen ACK) ist gegen ein Burkaverbot, über das die Schweizer Wähler am 7. März abstimmen können. Ein solches Verbot stelle eine „unverhältnismäßige“ Einschränkung der Religionsfreiheit dar, teilte der Rat in einer Stellungnahme bei einer virtuellen Pressekonferenz mit. Die Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“ lehnten die Ratsmitglieder deshalb einstimmig an.

Der Rat (SCR) begrüßte hingegen den Vorschlag von Bundesrat und Parlament, wonach Personen verpflichtet sein sollen, Behörden ihr Gesicht zu zeigen, wenn dies für deren Identifikation notwendig ist.

■ In der Liebfrauenkirche Frankfurt bieten die Kapuzinerbrüder künftig einmal im Monat eine Sonntagsmesse in sogenannter „Leichter Sprache“ an. Kapuzinerpater Stefan Maria Huppertz sagte, die deutsche Sprache sei „ja an sich eine schwierige Sprache, und die Sprache im Gottesdienst ist nochmal mit Spezialvokabular gefüllt“. Die Kapuziner versuchten zwar grundsätzlich, „das Phrasenschwein im Stall zu lassen“. Trotzdem sei „der Glaube an sich ja eine komplizierte Sache und braucht eigentlich auch eine komplizierte Sprache“.

■ Ab 22. Februar sollen die ersten Briefmarken der Vatikan-Post 2021 erhältlich sein. Neben einem noch unbekanntem Oster-Motiv gibt es demnach vier sogenannte Pontifikatsmarken mit Fotos von Papst Franziskus bei Begegnungen mit Vertretern anderer Religionen.

Es handele sich um Treffen mit dem römischen Oberrabbiner Riccardo Di Segni 2016, mit Großimam Ahmad al-Tayyeb von al-Azhar 2019 in Abu Dhabi, mit dem buddhistischen Oberhaupt Patriarch Somdet Phra Ariyavong-sagatanana IX. Ende 2019 in Bangkok sowie mit dem Hindu Kurukkal Siva Sri Mahadeva 2015 in Sri Lanka. Die Marken haben Nennwerte von 1,10 Euro, 1,15 Euro, 2,40 Euro und 3,00 Euro.

■ Im Jahr 2025 erinnern und Christen weltweit an den Beginn der Täuferbewegung vor 500 Jahren. Bis dahin laden verschiedenste Veranstaltungen und Veröffentlichungen unter dem Motto „Gewagt! 500 Jahre Täuferbewegung“ ein, über das täuferische Erbe nachzudenken. Jedes Jahr steht unter einem eigenen Motto, das durch ein Themenheft vertieft wird. Nun ist das Heft für 2021 zum Thema „gewagt! gemeinsam leben“ erschienen. Das Heft bietet Material für Gemeindegremien, Bildungseinrichtungen, Gottesdienste und ökumenische Begegnungen.

■ Das zuständige Amtsgericht Köln habe bisher 600 bis 650 Termine für Kirchenaustritte im Monat angeboten, sagte der Gerichtssprecher am 27. Januar dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Köln. Da diese sehr schnell vergeben gewesen seien, habe das Gericht das Angebot auf rund 1.000 Termine im Monat erhöht.

Am 22. Dezember seien über das Online-Buchungssystem jeweils 100 Termine pro Woche bis Ende März zusätzlich freigeschaltet worden. Auch diese Termine seien bereits über das Wochenende alle ausgebucht gewesen. Ab 1. Februar könnten dann Termine für April gebucht werden. Aus welcher Glaubensgemeinschaft die Menschen austreten, erfasst das Gericht nach Angaben des Sprechers nicht.

DIAKONIE-REPORT

Gute Erfahrungen mit AstraZeneca-Impfstoff bei Mitarbeitern Hohe Impfbereitschaft und geringe Nebenwirkungen im Naëmi-Wilke-Stift

Guben, 19.2.2021 [selk]

Von den jüngsten öffentlichen Vorbehalten gegen den Impfstoff von AstraZeneca ließen sich die Corona-erfahrenen Mitarbeitenden des in der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) beheimatete Naëmi-Wilke-Stiftes nicht beeindrucken. Mit der ersten Lieferung des Impfstoffs in Brandenburg ließen sich 190 Mitarbeiter des Gubener Krankenhauses, des Rettungsdienstes und regionaler Arztpraxen jetzt gegen Covid19 schützen. „Wir haben als Primärversorger eine hohe Verantwortung für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in der Region, deshalb wollten wir diese Impfochance unbedingt nutzen!“, sagte Rektor Markus Müller. Der Oberarzt und Impfkoordinator Oliver Mattig ergänzt: „Den Impfstoff ablehnen und dann ungeschützt in eine möglich dritte Welle zu gehen, das kann ich als Arzt nicht vertreten.“ Zudem verweist er auf die Studienergebnisse, nach denen der AstraZeneca-Impfstoff schwere Krankheitsverläufe fast zu 100% verhindere und auch das Risiko einer milden Infektion deutlich unter das bei Ungeimpften senke.

Im Blick auf die Nebenwirkungen der Impfung zieht man im Stift eine positive Bilanz. Entgegen den Erwartungen

berichteten nur etwa 10% der Geimpften von grippeähnlichen Symptomen und mussten am Folgetag zur Erholung zu Hause bleiben. Verwaltungsdirektor Andreas Mogwitz mag deshalb die Zurückhaltung mit Blick auf den Impfstoff nicht nachvollziehen: „Der Impfstoff ist aus unserer Erfahrung verträglicher als die klassischen Grippe-Impfstoffe. Wer AstraZeneca ablehnt hat den Ernst der Lage nicht verstanden.“

Mogwitz erinnert in diesem Zusammenhang an den enormen Einsatz der Mitarbeiter bei der Versorgung von bislang mehr als 140 Covid-Patienten im Stift. „Diese Herausforderung hat im Stift bleibende Eindrücke hinterlassen.“ und habe gezeigt, dass die Schwere der Krankheitsfolgen von SARS-COV-2 mögliche Impfnebenwirkungen bei Weitem überwiegen. „Unseren Mitarbeitern gebührt hier höchster Dank und Respekt“, so Mogwitz. Nach dem persönlichen Einsatz unter belastenden Arbeitsbedingungen während der zweiten Welle, ist „die Lebensgefahr durch COVID19 erstmal gebannt.“ Dennoch werde man selbstverständlich an den aktuellen Hygienestandards uneingeschränkt festhalten

Assistierter Suizid – eine Herausforderung für die Diakonie Online-Fachkonferenz des Kaiserwerther Verbandes

Guben, 15.2.2021 [selk]

Die Debatte um den assistierten Suizid nimmt in der Diakonie Fahrt auf und hat weitreichende Konsequenzen. Dürfen oder müssen diakonische Einrichtungen Menschen begleiten, die den Wunsch nach assistiertem Suizid in die Tat umsetzen wollen? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine Videokonferenz des Kaiserswerther Verbandes (KVV, Verband der Diakonissenmutterhäuser Kaiserswerther Prägung) am 1. Februar. Aus dem Bereich der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) nahm Pfarrer Markus Müller, Rektor des der SELK zugeordneten Gubener Naëmi-Wilke-Stift daran teil.

Die Geschäftsführerin des KVV, Christa Schrauf, Berlin, führte in die Diskussion ein, die durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes am 26. Februar 2020 zu § 217 StGB „Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der

Beihilfe zum Suizid“ ausgelöst worden war. Der Deutsche Bundestag ist durch das Urteil herausgefordert, die Beihilfe zum Suizid neu zu regeln. Schließlich kippte das Bundesverfassungsgericht das Verbot der „geschäftsmäßigen Beihilfe zum Suizid“ und hielt fest, dass nicht nur kranke Menschen, sondern Menschen allen Alters das Recht auf Suizid haben. Dieses Selbstbestimmungsrecht sei ein Ausdruck ihrer Menschenwürde. Wenn der Bundestag noch in dieser Legislaturperiode eine neue gesetzliche Regelung treffen will, ist nicht mehr viel Zeit, die Diskussion zu begleiten. Bisher liegen zwei parteiübergreifende Gesetzesinitiativen vor.

Die *Diakonie Deutschland* hat daher bereits im letzten Jahr ein Diskussionspapier veröffentlicht. Unter dem Titel: „Selbstbestimmung und Lebensschutz: Ambivalenzen

im Umgang mit assistiertem Suizid“ werden Hintergrund und Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts auf die Gesellschaft und damit die Einrichtungen der Diakonie beleuchtet. Das Diskussionspapier hat das Ziel, Suizidhilfe als geschäftsmäßige Dienstleistung bedeutungslos werden zu lassen. Daher setzt sich die Diakonie Deutschland für ein qualifiziertes und bedarfsorientiertes Angebot der Suizidprävention und die umfassende Begleitung von Menschen in existenziellen Lebenslagen und bei schweren Krankheitsverläufen ein. Außerdem fordert die Diakonie ein legislatives Schutzkonzept des Lebens im Kontext des assistierten Suizids. Die Erfahrung zeige, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen von ihrem Suizidwunsch Abstand nehme, wenn beispielsweise eine psychische Erkrankung erkannt und behandelt werde oder die Möglichkeiten der palliativen Versorgung und hospizlichen Begleitung bekannt sind und zur Verfügung stünden. Am Ende hält das Papier allerdings fest, dass es in allen Altersgruppen Menschen geben werde, die kein Hilfsangebot als für sie passend empfinden und sich trotz aller Hilfsmöglichkeiten für den (assistierten) Suizid entscheiden würden.

An diesen Gedanken knüpften Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland, Prof. Dr. Reiner Anselm, Vorsitzender der Kammer öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland, und Prof. Dr. Isolde Karle, Professorin für Praktische Theologie an der Universität Bochum, in ihrem Beitrag „Den assistierten professionellen Suizid ermöglichen (Meinungsbeiträge aus der FAZ auf Zeitzeichen vom 11.01.2021)“ an. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Diakonie auch diesen Menschen in ihren Einrichtungen, die unbeirrt am Wunsch nach assistiertem Suizid festhalten, beistehen müsse. Sie fordern in der Konsequenz die Ermöglichung einer professionalisierten Suizidbeihilfe in kirchlich-diakonischen Einrichtungen. Dieser Beitrag wird seitdem innerhalb von Diakonie und Kirche kontrovers diskutiert.

Das Hauptreferat der theologischen Tagung des KWV hielt Prof. Dr. Ulrich H.J. Körtner. Er ist Professor für Systematische Theologie und Religionswissenschaft an der Universität Wien und Vorstand des Instituts für Ethik und Recht in der Medizin der Universität Wien. Körtner stellte sein Referat unter das Thema: Dem Leben dienen – bis zuletzt. Kritisch setzte sich Körtner mit dem Karlsruher Urteil, dem Recht auf selbstbestimmtes Sterben und Lebensschutz auseinander, bevor er auf die christliche Sicht von Leben, Sterben, Suizid und den praktischen Folgen für die Diakonie einging. Für ihn liege die primäre Aufgabe der Diakonie in der Suizidprävention, führte er aus.

Den Vorschlag, die Diakonie und diakonisch-kirchliche Einrichtungen sollten der geschäftsmäßigen Suizidbeihilfe von Sterbehilfeorganisationen die Grundlage entziehen, in dem sie selbst solche Suizidhilfe anbieten – und nicht etwa nur in den eigenen Einrichtungen zulassen – sei abwegig. Dies würde die Diakonie mit ihrem Auftrag, jegliches Menschenleben zu schützen, diskreditieren. Körtner trug auch praktische Überlegungen zur Umsetzung eines solchen assistierten Suizids in einer diakonischen Einrichtung vor. Was macht das mit den Mitarbeitenden, die Leben schützen wollen, wenn sie andere aktiv beim Sterben unterstützen? Was macht das mit den Bewohnerinnen und Bewohnern einer Einrichtung, wenn Sie von einer Pflegekraft unterstützt werden und wissen, dass diese eben nebenan jemand ein tödliches Mittel verabreicht hat?

Nach dem Referat stellten verschiedene Mitgliedseinrichtungen, die im Bereich Pflege, Palliativ Pflege und Hospiz tätig sind, ihre Erfahrungen und den praktischen Umgang mit dem Suizidwunsch von Bewohnern und Klienten vor. Für die 60 Teilnehmenden war am Ende deutlich, dass der assistierte Suizid kein standardisierter, routinierter Regelfall in Diakonieunternehmen und Diakonischen Gemeinschaften werden dürfe.

Diakonische Fortbildung im nichtchristlichen Kontext SELK: Digitales Angebot als Jahresstart des Wilhelm-Löhe-Seminars

Korbach/Guben, 11.2.2021 [selk]

In einem ersten digitalen Angebot des Wilhelm-Löhe-Seminars des Diakonissenwerkes Korbach im Jahr 2021 führte Pfarrer Markus Müller, Rektor des Naëmi-Wilke-Stiftes in Guben, das der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) zugeordnet ist, am vergangenen Samstag die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer videobasiert durch das Thema „Diakonische Fortbildung im nicht christlichen Kontext“.

Nach einer Einführung über die Entstehung der Stiftung und deren diakonische Arbeit bis heute, leitete Müller über in das Thema „Herausforderung der Konfessionslosigkeit im Osten“. Dabei zeigte er sehr anschaulich die unterschiedlichen Gründe auf, die in Ost- und Westdeutschland zur Konfessionslosigkeit führten oder führen. Unter der Überschrift „Diakonie als Lernraum des Glaubens“ machte der Referent deutlich, dass sowohl Christen als auch Nichtchristen gleichermaßen ihren diakonischen

Dienst ausüben. „In der Diakonie tätig zu sein ist ein Lernraum, weil und insofern man in der Diakonie alltägliche Erfahrungen mit Leben und Tod, Leid und Schmerz, Macht und Ohnmacht, Gelingen und Versagen macht. Das gibt Impulse, die zu Fragen nach dem Sinn des Lebens und der Tragkraft des Glaubens herausfordern.“ Es sei ein Spagat, geeignete Fachkräfte zu finden und zugleich dem kirchlichen Selbstanspruch gerecht werden, so Müller im Blick auf die Prägung der Mitarbeitenden.

Die Bedeutung diakonischer Bildung war ein weiterer Schwerpunkt des Vortrags. „Es ist unser Auftrag, Mitarbeitende zu bilden, damit sie aussagefähig werden zu Fragen der Lebensbewältigung, zu Grenzfragen des Lebens, zu zentralen Inhalten des Glaubens, zur Praxis der Frömmigkeit, zu den Themen Schuld, Versöhnung,

Gerechtigkeit, die Gott durch den Glauben gewährt“, so Müller auf dem Hintergrund der Bestimmung in der Grundordnung der SELK, dass Diakonie eine Wesens- und Lebensäußerung der Kirche ist.

An praktischem Beispiel wurde den Seminarteilnehmerinnen und Seminarteilnehmern eine Unterrichtseinheit veranschaulicht. Müller stellte das Thema „Rechtfertigung“ einmal anders vor: „Das Kreuz mit dem Kreuz.“ Er brachte dieses große theologische Thema mit praktischen Beispielen und Symbolen gut verständlich auf den Punkt.

Weitere Termine zu Seminar- und Vortragsthemen des Wilhelm-Löhe-Seminars finden sich unter www.diakonisenwerk-korbach.de.

Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar

Diakonie-Zitat: Corona darf Kinderhospizarbeit nicht gefährden

Berlin, 9.2.2021 [ewde/selk]

Die Diakonie Deutschland hält es für unverzichtbar, die hospizliche Begleitung schwer kranker Kinder und ihrer Familien auch unter Pandemie-Bedingungen gut zu sichern.

Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland: „Sterbensranke Kinder und ihre Familie brauchen auch in der Corona-Pandemie die gute hospizliche Begleitung, die sie sich wünschen. Unerlässlich ist daher, den Schutzschirm für stationäre Hospize zu verlängern, um diese finanziell zu sichern. Die Kinderhospizarbeit muss die Familien auch auf neuen Wegen erreichen. Denn: Aus Angst vor Ansteckung und davor, das erkrankte Kind zu gefährden, verzichten viele Eltern auf die eigentlich so dringend benötigten hospizlichen Hilfen. Wir dürfen schwer kranke Kinder und ihre Familien jetzt nicht alleine lassen. Deshalb müssen digitale sowie tele-

fonische Angebote ausgebaut werden, um die Kinder und ihre Familien auch mit Distanz verlässlich und gut begleiten zu können.

Persönliche Kontakte, beispielsweise der Besuch durch Ehrenamtliche zuhause, sind aber gerade in dieser existenziellen Situation wichtig und müssen auch weiterhin möglich sein, ohne ein gesundheitliches Risiko einzugehen. Deshalb sind Mitarbeitende und freiwillig Engagierte in der Kinderhospizarbeit bevorzugt zu impfen und überall ein Höchstmaß an Schutzmaßnahmen und -ausstattung zu garantieren. Die dafür anfallenden Mehrausgaben – aber auch beispielsweise Kosten für digitale Endgeräte – müssen bei der Förderung durch die Krankenkasse berücksichtigt werden. Weder finanzielle Gründe noch die Angst vor einer Ansteckung dürfen der Begleitung und dem würdevollen Sterben der Kinder im Wege stehen.“

Gemeinsam gegen Hass und Rassismus

Diakonie-Zitat: Hanau lässt uns keine Ruhe

Berlin, 19.2.2021 [diakonie.de/selk]

Am 19. Februar wurde in Hanau mit einer Gedenkfeier der Opfer des rassistischen Anschlags vom 19. Februar 2020 gedacht.

Diakonie-Präsident Ulrich Lilie: „Der terroristische Anschlag von Hanau lässt uns auch ein Jahr danach keine

Ruhe. Wir alle müssen in unserem unmittelbaren Lebensumfeld aktiv dafür eintreten, dass endlich alle Bürgerinnen und Bürger wirkungsvoll vor rassistischer Gewalt geschützt sind. Betroffene von rassistischer Gewalt dürfen nie alleine gelassen werden. Zu der staatlichen Verantwortung gehört auch, zivilgesellschaftliche Initia-

KURZ UND BÜNDIG AUS DER SELK

PERSONALIA

Pfarrer i.R. Klaus-Peter Kässner, Runkel, ist am 10. Februar 2021 im Alter von 82 Jahren verstorben und wurde am 19. Februar 2021 in Steeden christlich bestattet.

Pfarrer Jörg-Jona Kallensee (65), Gotha, tritt mit dem 1. April 2021 in den Ruhestand.

Cand. theol. Tobias Schütze (25), Oberursel, hat am 26. Februar 2021 vor der Theologischen Prüfungskommission bei der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberursel sein Erstes Theologisches Examen bestanden. Er verfolgt zunächst ein Promotionsvorhaben.

Cand. theol. Werner Straeuli (28), Oberursel, hat am 26. Februar 2021 vor der Theologischen Prüfungskommission bei der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberursel sein Erstes Theologisches Examen bestanden. Er wird seine weitere Ausbildung in seiner Heimatkirche, der Freien Evangelisch-Lutherischen Synode in Südafrika, absolvieren.

ANSCHRIFTENÄNDERUNGEN

Die Veränderungen beziehen sich auf das Anschriftenverzeichnis der SELK, Ausgabe 2021

Albrecht, Bernd, Pfarrer i.R.:

Finkenstieg 22, 29525 Uelzen, Tel. 0581 - 22 54 89 98

Schiller, Johannes-Ulrich, Pfarrer I.R.:

Mobil 0171 - 810 33 52 |

E-Mail schiller.johannes-u@t-online.de

[Pfarrwitwen, S. 57:]

Kässner, Doris:

Schulstr. 48 | 65594 Runkel | Tel. 06482 - 62 12

KURZNACHRICHTEN

● Dr. **Johannes Petersen** (Hermannsburg), emeritierter Professor am Institut für Tierzuchtwissenschaft der Universität Bonn und Kirchglied der SELK, ist am 4. Februar im Alter von 86 Jahren verstorben. Petersen hat sich in der SELK ehrenamtlich unter anderem als Leiter von Bezirkssynoden und als Präses der Kirchensynode, in der Ethikkommission und im Kuratorium der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberursel engagiert.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● „Wie eine Quelle“: So lautet der Titel eines **neuen Chorheftes**, das SELK-Kantor Thomas Nickisch (Radevormwald) in Zusammenarbeit mit dem Kirchenmusikalischen Arbeitskreis im **Westen der SELK** im Eigenverlag herausgibt. 50 neue Chorsätze zu Liedern und Gesängen der Gegenwart für drei- und vierstimmig gemischten Chor sind in dem gut 60 Seiten starken Sammelband enthalten.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Scharfe **Kritik** an **Wahlplakaten** der rechtsextremen **NPD** im Lahn-Dill-Kreis zur Kommunalwahl in Hessen am 14. März übt öffentlich der Pfarrer der SELK in Greifenstein-Allendorf, **Sebastian Anwand**. Die Plakate zeigen ein Bild Martin Luthers mit der in Anlehnung an ein Lutherwort formulierten Aufschrift „Ich würde NPD wählen – Ich könnte nicht anders“. Anwand: Luther hätte „sein Kreuz gewiss nicht bei dieser Partei gemacht“. Deren Programm sei nicht vereinbar mit Luthers Überzeugungen.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Am 11. Februar fand – coronabedingt videobasiert – die **Mentorenkonferenz** der SELK unter der Leitung von Propst Burkhard Kurz und Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. statt. Alle Pfarrer, die derzeit mit der Ausbildung einer Pastoralreferentin oder von Vikaren betraut sind, nahmen teil.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Der Vorstand des **Diasporawerk - Gotteskasten - e.V.** in der SELK kam am 20. Februar zu seiner Frühjahrssitzung coronabedingt digital zusammen. Die Spendenbereitschaft ist 2020 trotz Corona-Einschränkungen stabil geblieben ist. Die Einnahmen dienen der Unterstützung lutherischer Gemeinden im In- und Ausland. Mit großem Dank wurde Ingeborg Böhm nach 20 Jahren Mitarbeit im Vorstand verabschiedet.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Dr. **Konrad Leube** ist am 23. Februar im Alter von 82 Jahren **verstorben**. Leube war im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, in der Geschäftsführung einer Berufsgenossenschaft und als Direktor einer Bundesbehörde für Unfallversicherung tätig, ehe er Geschäftsführer des Bundesverbandes der Unfallversicherungsträger der öffentlichen

Hand wurde. Der Fachautor und Lehrbeauftragte der Universität Passau war Kirchenglied der SELK in München und langjähriges Mitglied der SELK-Synodal-Kommission für Rechts- und Verfassungsfragen.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Coronabedingt fand das im Kooperationsvertrag zwischen der SELK und dem **Verlag Edition Ruprecht** vorgesehene **Jahresgespräch** für das Vorjahr erst am 3. Februar statt. SELK-Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. und Verlegerin Dr. Reinhilde Ruprecht trafen sich videobasiert.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Für den 10. November plant die Lutherische Theologische **Hochschule Oberursel** der SELK einen „**Dies Academicus**“ (Hochschultag) zum Thema „Morgen Kirche sein. Praxisorientierte Überlegungen für Gemeinden und Kirche in der Zukunft“, an dem auch eine digitale Teilnahme möglich ist.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Die **Synodal-Arbeitsgruppe** für **Anliegen von Frauen** in der SELK traf sich unter der Leitung von Kirchenrätin Dörte Pape (Kusterdingen) am 5. Februar zu einer videobasierten Sitzung. Neben der Beratung formaler Fragen und Überlegungen zu Struktur und Arbeitsweise stand die Planung weiterer Schritte in die Öffentlichkeit im Zentrum.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Am 22. Februar tagte coronabedingt videobasiert unter der Leitung von SELK-Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. (Hannover) das **Kuratorium der Lutherischen Theologischen Hochschule (LThH)** Oberursel der SELK mit der Fakultät der LThH. Hauptthemen der Tagesordnung waren: der Hochschulbericht, die Hochschulentwicklung und die Gestaltung des Prozesses zur Stärkung des Rektorats.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Bei der diesjährigen Jahrestagung des **Vereins für Freikirchenforschung** vom 23. bis zum 25. April in Erzhausen wird Prof. Dr. **Gilberto da Silva** von der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberursel der SELK zu „August Vilmar's Amtstheologie. Ohnmacht und Vollmacht des Evangeliums“ referieren.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Das **Amt für Gemeindedienst** der SELK tagte am 3. Februar videobasiert. Schwerpunkte bildeten rückblickende und vorausschauende Gespräche zu den

Arbeitsbereichen „Advents- und Weihnachtsheft“, „Materialsammlung zur Jahreslosung“ und „7 Wochen mit“ sowie die Entscheidung, die Entwicklung der seit langer Zeit in Vorbereitung befindlichen digitalen *Materialbörse* durch einen Neuansatz in der technischen Umsetzung zu forcieren. Zu den Themen gehörte auch der im Aufbau befindliche virtuelle „Schaukastenmaterial-Ideenpool“.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Am 17./18. Februar 2021 tagte online der **Ökumenische Studienausschuss (ÖStA)** des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes. Auf dieser Sitzung wurde die Arbeit an der Studie „Lehre, Lehrbildung und Lehrautorität“ fortgesetzt. Die SELK ist ständiger Gast im ÖStA und wird darin durch Prof. Dr. **Gilberto da Silva** (Oberursel) vertreten.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Zu einem rund zweieinhalbstündigen videobasierten Austausch trafen sich am 15. Februar Propst Andris Kraulins von der **Evangelisch-Lutherischen Kirche Lettlands**, mit der die SELK in geordneten partnerschaftlichen Beziehungen steht, und Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. sowie Kirchenrat Michael Schätzel von der SELK. Austauschrunden über das kirchlich-gemeindliche Erleben der Coronazeit und über den Sachstand und die Entwicklungen der **jeweiligen kirchlichen Strukturen** bildeten das Programm des Treffens.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Die 33. (Teil-) **Vollversammlung des Diakonierates** der SELK fand am 20. Februar coronabedingt videobasiert statt. Bis zu 15 Teilnehmende aus diakonischen Einrichtungen, Kirchenbezirken und Verbänden kamen zusammen, um den Jahresbericht von Diakoniedirektorin Barbara Hauschild (Dortmund) zu hören und über die diakonische Arbeit zu beraten.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Kathrin Lieske, die Koordinatorin des *Netzwerkes Gesunde Kinder Spree-Neiße* am Standort Guben übergab den Kolleginnen der **Corona-Teststelle am Naëmi-Wilke-Stift**, der größten diakonischen Einrichtung in der SELK, „**Trostpüppchen**“. Immer wieder sieht sie von ihrem Büfenster aus, wie Eltern mit ihren Kindern tapfer vor der Abstrichstelle warten. Um den Kleinsten danach eine Freude zu machen, werden ab sofort kleine „Trostpüppchen“ an die Kinder verschenkt.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

tiven und Projekte verlässlich zu fördern, die für Vielfalt und Menschlichkeit eintreten und gegen Rassismus und Intoleranz aufstehen. Die Diakonie steht wie viele andere mit zahlreichen Projekten für eine vielfältige und starke Zivilgesellschaft, in der jeder und jede ohne Angst verschieden sein kann. Sie bezeugt konkrete Solidarität mit Menschen, die von Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus betroffen sind. Eine Kultur der Toleranz und Wertschätzung von Vielfalt entsteht in einer immer diver-

seren Gesellschaft aber nicht von selbst. Neben Formaten und Orten der Begegnung, breiter Aufklärung und einer gesellschaftlichen Debatte muss der Gesetzgeber den Willen zu strukturellen Veränderungen auch im Grundgesetz deutlich machen. Der Begriff ‚Rasse‘ im Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes gehört gestrichen und sollte durch ‚rassistisch‘ ersetzt werden. Dies ist ein längst überfälliger Schritt weg von einem durch Nazi-Gedankengut aufgeladenen Rassebegriff.“

Welttag der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar Armut, Ausgrenzung und Einsamkeit überwinden

Berlin, 20.2.2020 [ewde/bfdw/selk]

Armut, Ausgrenzung und Einsamkeit sind ein bitterer Dreiklang. In Zeiten des Lockdowns werden Arme unsichtbar und sind mehr als je zuvor von gesellschaftlicher Beteiligung ausgeschlossen.

Gerechtigkeit in der Pandemie heißt: Alle Menschen weltweit brauchen Zugang zu bezahlbarem Impfstoff.

Gerechtigkeit heute heißt: Menschen sichtbar machen, zuhören, mitreden und mitentscheiden lassen.

Die Diakonie Deutschland und Brot für die Welt setzen sich dafür ein, Armut, Ausgrenzung und Einsamkeit zu überwinden – in Deutschland und weltweit. Denn die Corona-Pandemie zeigt deutlicher als zuvor: Armut, Ausgrenzung und Einsamkeit sind ein bitterer Dreiklang. Der UN-Tag der sozialen Gerechtigkeit steht in diesem Jahr unter dem Motto „Ein Aufruf zur sozialen Gerechtigkeit in der digitalen Wirtschaft“.

Diakonie-Präsident Ulrich Lillie: „In Zeiten des Lockdowns werden Arme geradezu unsichtbar und sind zugleich mehr als je zuvor von gesellschaftlicher Beteiligung ausgeschlossen. Soziale Ungerechtigkeit wird von den Betroffenen leibhaftig erfahren: wo sie in Kontakt zu anderen kommen, erfahren sie regelmäßig Vorurteile und Abwertungen. In Zeiten von Kontaktbegrenzungen kommen sie oft schlicht und einfach nicht mehr vor. Sozialer Ausschluss bedeutet, diese Menschen werden aus ihren sozialen Bezügen heraus gedrängt. Viele erfahren das am diesjährigen Welttag der sozialen Gerechtigkeit bitterer als je zuvor. Während die Chancen der Digitalisierung in aller Munde sind, können sich Arme nicht einmal die grundlegende Ausstattung vom Munde absparen, um digital am Leben teilzuhaben. Zu den abstrusen Widersprüchlichkeiten der öffentlichen Debatte gehört auch, dass wir in Deutschland täglich über Menschenleben und Menschenretten und über die Folgen der Pandemie dis-

kutieren, sich aber kaum noch jemand dafür interessiert, dass täglich im Mittelmeer hilfeschuchende Menschen ertrinken.“

„Während Deutschland eine frustrierende Debatte darüber führt, ob das Impfen schnell genug geht, sind Impfprogramme für viele Länder nur ein ganz ferner Silberstreif am Horizont. Als in Afrika 25 Menschen geimpft waren, waren es weltweit 39 Millionen – die meisten in Industrie- und Schwellenländern. Die haben sich zig-fach mehr Impfstoff reserviert als sie benötigen. Der fehlt für die weltweite Versorgung, zumal die Produktionskapazitäten weltweit zu gering sind“, sagte Cornelia Füllkrug-Weitzel, die Präsidentin von Brot für die Welt. „Es ist jedoch nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch der Vernunft, den weltweiten Zugang zu Impfstoffen gegen Covid-19 zu beschleunigen, denn die Corona-Pandemie ist erst vorbei, wenn sie für alle vorbei ist.“ Deshalb sei es notwendig, Patente für die Dauer der Pandemie auszusetzen oder Zwangslizenzen an Firmen im Süden zu vergeben, die in der Lage sind, selbst Impfstoff herzustellen. So könnte schneller mehr produziert und die Impfstoffe für arme Länder könnten erschwinglicher werden. „Es ist alles andere als gerecht, wenn ein Land wie Südafrika, in dem Impfstoffe getestet wurden, nun einen deutlich höheren Preis als wir Europäer für Vakzine zahlen muss“, so Füllkrug-Weitzel.

Nach Ansicht von Diakonie Deutschland und Brot für die Welt heißt Gerechtigkeit heute: Menschen sichtbar machen, zuhören, mitreden und mitentscheiden lassen. „Die Gerechtigkeitsfrage der Zukunft heißt nicht nur, ob Menschen materiell das Nötige bekommen, sondern ob überhaupt die Chance besteht, Gehör zu finden, wahrgenommen zu werden und mit zu entscheiden, statt in Einsamkeit und ohne jede Hilfe sich selbst überlassen zu bleiben oder ignoriert und ausgegrenzt zu werden“, so Füllkrug-Weitzel und Lillie.

Frauen besser vor Gewalt schützen

Diakonie-Zitat: Auch geflüchtete Frauen brauchen wirkungsvollen Schutz

Berlin, 29.1.2021 [ewde/selk]

Frauen besser vor Gewalt schützen – das ist Ziel der sogenannten Istanbul-Konvention, die in Deutschland am 1. Februar 2018 in Kraft getreten ist. Mit der Ratifizierung des Abkommens hat sich Deutschland verpflichtet, umfassende Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt umzusetzen. Nach Ansicht der Diakonie muss insbesondere der Gewaltschutz für geflüchtete Frauen noch verbessert werden. Deren besondere Situation steht noch zu selten im Fokus.

Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland: „Auch geflüchtete Frauen und deren Kinder brauchen wirkungsvollen Schutz vor Gewalt sowie guten Zugang zu Unterstützungsangeboten. Die Istanbul-Konvention sieht explizit Regelungen zum Gewaltschutz für

geflüchtete Frauen vor. In der Realität und in der Umsetzung rückt deren besondere Situation allerdings viel zu oft in den Hintergrund. Die Lebensbedingungen geflüchteter Frauen werden in vielerlei Hinsicht von asyl- und aufenthaltsrechtlichen Vorgaben bestimmt. Dies erhöht häufig nicht nur das Risiko, Gewalt zu erleben, sondern erschwert zugleich den Zugang zu Schutzmöglichkeiten und Beratungsangeboten. Es darf aber nicht sein, dass die so wichtigen Schutzmaßnahmen durch asyl- und aufenthaltsrechtliche Vorgaben behindert werden. Deshalb sollten Gewaltschutz sowie Asyl- und Aufenthaltsrecht dringend besser aufeinander abgestimmt werden. Wir müssen unbedingt sicherstellen, dass geflüchtete Frauen, die von Gewalt bedroht sind oder Gewalt erleben, die Hilfe und Unterstützung bekommen, die sie brauchen.“

IMPRESSUM

SELK INFORMATIONEN (SELK.Info), ISSN 1617-7614

Informationsdienst der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK)

Herausgeber: Kirchenleitung der SELK

Schopenhauerstr. 7 | 30625 Hannover | Tel.: 0511-557808 | Fax: 0511-551588 | E-Mail: selk@selk.de

Redaktion: Sigrid Groß (Diakonie-Report)

Pfarrer Alberto Kaas (Aus der evangelischen Welt)

Propst Gert Kelter (Nachrichten aus der Ökumene)

Superintendent Bernd Reitmayer (Aus dem Weltluthertum)

Geschäftsführender Kirchenrat Michael Schätzel (Berichte/Meldungen aus der SELK)

Hauptjugendpastor Henning Scharff (Jugendwerks-Informationen)

Endredaktion: Pastoralreferentin Dr. Andrea Grünhagen

Kommentare werden vom jeweiligen Verfasser verantwortet.

Redaktionsschluss ist der 22. des Vormonats.

Layout: Agentur smile-design, Berlin

Konto der SELK: IBAN: DE47 2507 0024 0444 4444 00, BIC: DEUTDEDBHAN (Deutsche Bank Hannover)

Um Überweisung der Bezugsgebühr (19,50 € im Einzelbezug, 15,50 € im Sammelbezug) wird einmal jährlich durch Anschreiben gebeten.